

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

234 (8.10.1919)

# Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt 1.60 M, durch unsere Träger zugestellt 1.70 M, am Posthalter 1.75 M, durch den Postboten zugestellt 1.90 M monatlich, vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag.

Ausgabe: Wertag mittags; Geschäftszeit: 1/2-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 7spalt. Anzeigenzeitung od. deren Raum 80 S., Reklamen 1.-M., zugleich 30 % Feuerungszuschlag; Lokalanzeigen billiger. Bei Wiederholungen Rabatt. Anmahnungslust 1/20 vorm., für groß. Aufträge nachg. zuver.

## Eine neue Drohung der Entente.

### Der Reichswirtschaftsminister für den Aufbau und gegen den Pessimismus.

Der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt hat am 2. Oktober auf der aus allen Teilen Deutschlands hart besuchten Tagung des Großhandels in Hamburg, eine ebenso interessante wie bedeutsame Rede gehalten. Unter voller Würdigung der fürstbaren Lage, in der sich Deutschland auch wirtschaftlich befindet, hat Schmidt mit aller und berechtigt Energie betont, daß zum Pessimismus oder zur Verzweiflung kein Anlaß vorhanden ist, sofern das deutsche Volk bereit ist in allen seinen Gliedern, energisch und planvoll am Wiederaufbau zu arbeiten. Dabei muß natürlich befürchtet werden, wenn Unternehmer glauben, die Produktion zu sabotieren, weil ihnen erfüllbare Forderungen der Arbeiter nicht begehren; es muß dem milden frumpeligen Handel gesteuert werden, es müssen aber auch die finsternen und selbstmörderischen politischen Streiks aufhören. Notwendig ist, daß die ägellose Einfuhr im Weiten zum Stillstand kommt, die uns der Kraft beraubt, die lebensnotwendigen Rohstoffe und wichtigen Ernährungsmittel einzufahren. Die jetzige Einfuhr kommt in erster Linie dem Schiebergeschäft zufließen und den Redemäulern in Stadt und Land. Hier muß schonungslos zugegriffen werden; auf das Geld der Betroffenen ist natürlich keine Rücksicht zu nehmen. Daß wir den Großhandel beim Wiederaufbau ebenbürtig entbehren können, wie den Industriellen und den Exporteur, den wagemutigen Unternehmer wie den gewiegten Kaufmann, ist für ernste und denkende Menschen selbstverständlich. Weder die sogenannte Sozialisierung noch die plötzliche Aufhebung der erforderlichen Zwangsmaßnahmen kann uns dienlich sein. Wir müssen sozialisieren, soweit die Betriebe und Berufsgruppen heute die Finanzrisiko ertragen können, daneben brauchen wir beim Aufbau die Initiative der Kapitalisten. Wo die Freigabe in der Wirtschaft nachgewiesenermaßen sich nötig macht, wird sie erfolgen; wo aber das Gegenteil der Fall ist, muß sie beibehalten und streng durchgeführt werden. Und da darf sich die Regierung weder durch Straßendemonstrationen noch durch Androhungen von Interessentengruppen in ihrem Wege irre machen lassen. Was wir heute so bitter nötig brauchen, ist in beachtensamer Festigkeit der Regierung. Wir lassen auszugeweiht die Rede des Ministers folgen:

Schmerzliche Gefühle über die Lage der leeren Stapelhäuser des verwaisten Hamburger Hafens aus. Die 21 Milliarden Außenhandel des Jahres 1913 sind die Erinnerung an ein verflüchtigtes goldenes Zeitalter, das nicht so bald wiederkehren wird. Aber ich teile nicht den Pessimismus mancher Wirtschaftskreise, die an einem Wiederaufstieg verzweifeln wollen. Gerade diese Versammlung hier ist mir eine der glücklichen Beweise dafür, daß der deutsche Kaufmann bereit ist, alle fürstbaren Opfer der vergangenen Jahre zu überwinden und mit denselben Mitteln, mit denen er schon einmal die große deutsche Vergangenheit aufgebaut hat, eine neue Zukunft zu gestalten. Der Außenhandel mit den 21 Milliarden Umsatz wurde nun im Kriege durch die Blockade nahezu vollständig lahmgelegt. Was war die Folge? Unsere überseeischen Verbindungen mit den feindlichen Ländern und auch den Neutralen gingen verloren oder sie blieben mit den Neutralen nur im mäßigen Umfang aufrecht. Damit wurde die Basis für die Ernährung und die Rohstoffversorgung beseitigt, und je stärker die Blockade anging, um so unerträglicher wurde die Lage. Volkswirtschaftlich stand das Problem so, daß bei einer verminderten Warenbeschaffung der Bedarf des Einzelnen gelöst werden mußte. Die Kriegswirtschaft war Mangelwirtschaft. Die Preissteigerung war schroff steigend, während das politische und soziale Interesse zur ganzweisen Tiefhaltung der Preise trieb. Damit trat die freie Konkurrenz ihres Kompasses in der Gestalt der freien Preisbewegung beraubt. Der staatliche Wille mußte diese innerlich führungslos gewordene Wirtschaft schleift und recht in seine Leitung übernehmen. Nun sind zwei Beispiele anzuführen. Nach statistischen Mitteln betrug in der Großstadt in einer Arbeiterfamilie der Verbrauch pro Kopf im Monat an Brot vor dem Kriege rund 12000 Gramm; er war im April 1917 auf 8646 Gramm herabgedrückt. Wir kommen aus einem verlorenen Krieg, unser Volkstörper leidet schwer an der maßlosen Ueberanstrengung der letzten Jahre, an körperlicher Entkräftung und an einem schweren geistigen Fieber. Mit diesem Wirtschaftstörper lassen sich keine Eisenbarrikaden machen. Jetzt die Entwicklung in ein neues System hineinzuwringen, wäre verkehrt; wir müssen nun natürlichen Aufbau zurück. Schon die außenpolitische Lage verbietet die Aufstellung eines Planes auf lange Sicht. Immer noch nicht können wir die Entschädigungsansprüche unserer früheren Gegner an uns, immer noch ist der Osten Europas Kampfgebiet und in seiner wirtschaftlichen Zukunft völlig unübersehbar. Da bleibt nichts anderes übrig, als die jeweilige äußere und innere Situation klar zu erfassen und darnach den Wirtschaftstypen einzurichten, bereit ihn zu modifizieren, wenn neue

Faktoren auftreten. Das Kennzeichen der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik ist gerade diese Flexibilität und Unsicherheit.

Um nur einige Momente aufzuzählen, nenne ich voran die Valuta. So verheerend der Tiefstand der Mark auf unsere Einfuhrgeschäfte wirkt, das allergrößtmögliche sind die unaufhörlichen Schwankungen des Geldwertes. Sie machen jede Kalkulation unmöglich und vermindern die ganze Zirkulation von Geld und Ware in ein reines Spekulationsgeschäft. Die Aufnahme großer ausländischer Kredite gilt allgemein für ein wirksames Heilmittel unserer Währungsnot. Ich habe mich auch zusammen mit dem Reichsfinanzminister mit aller Kraft für die Anbahnung solcher Kreditgeschäfte eingesetzt. So notwendig diese Operation zur Stützung unserer unmittelbar notwendigen Kaufgeschäfte ist, ein Alibi gegen die Valutalage ist es nicht. Ich kann nur immer wiederholen, was ich allen ausländischen Vertretern unermüdet sage: Das Währungsproblem ist ein internationales Problem, unter dem fast alle kriegsführenden Staaten, auch der größte Teil der Sieger, zu leiden haben.

Es ist eine internationale Regelung, eine Neuauflagerung der Kurse durch eine internationale Anleihe bringt endgültige Heilung.

Ebenso dringend ist aber für uns, daß endlich das Loch im Westen verstopft wird und wir wieder eine normale Grenze erhalten. Leider haben die langwierigen Verhandlungen mit Frankreich immer noch nicht zum erwünschten Ergebnis geführt.

Wenig Bedeutung lege ich den mancherorts geäußerten Vorstellungen bei, die deutschen Waren würden keine Absatzmärkte finden. Fragen Sie bei unseren großen Exportindustrien an. Sie sind überhäuft mit Aufträgen. Der Verkauf bei der Leipziger Messe hat es mir deutlich vor Augen geführt, daß die deutsche Qualitätsware nach wie vor begehrt ist. Die Mengen, die wir für die nächste Zeit bereitstellen können, werden auch sicher unterkommen.

In der klaren Erkenntnis, daß nur eine schnelle Anbahnung der Auslandsverträge das Schwingrad unserer inneren Wirtschaft wieder in Bewegung setzen wird, habe ich vom ersten Tage meiner Amtszeit an mich bemüht, alle Hemmnisse zu beseitigen, die im Interesse des Schutzes der heimischen Arbeit und des heimischen Verbrauches entbehrlich waren, um gerade dem Handel möglichst große Bewegungsfreiheit zu geben. Ich darf an die Aufhebung der Besijenenordnung erinnern, an die Freigabe der Einfuhr für Textilrohstoffe und Kunstsilber. In der allerersten Zeit ist die Freigabe der Einfuhr für weitere Rohstoffe beabsichtigt. Zur Ausfuhr sind freigegeben: Textilfertigfabrikate, soweit sie nicht Gegenstände des täglichen Bedarfs sind, Kunstsilberfabrikate, gewisse Eisen- und Stahlzeugnisse. Auf dem Gebiet der Ernährung ist Ihnen bekannt, daß bisher die Einfuhr von Reis, Hülsenfrüchten und Kakaobohnen freigegeben und die innere Vermarktung aufgehoben ist. Die Stammprodukte der Ernährung: Getreide, Kartoffeln, Fleisch und Fett, können frei eingeführt werden, müssen aber, solange ihre Vermarktung aufrecht erhalten ist, den zuständigen Zentralstellen zugewiesen werden.

Es wird Sie interessieren, einige Zahlen zu hören, in welchen Grenzen sich unsere Rohstoffzufuhr seit Abschluß des Waffenstillstandes bewegt. Verglichen mit der Einfuhr des letzten Friedensjahres ist unsere gegenwärtige Einfuhr der Menge nach berechneter, immer noch sehr gering. Sie hatte im vergangenen Juli noch nicht 20 Prozent der Menge des Juli 1913 erreicht. Prozentual am höchsten standen hierbei neben den Lebensmitteln Öle und Fette, Kunstsilber, Papier, Ton- und Glaswaren sowie unedle Metalle. Ein ganz anderes Bild ergibt aber die Einfuhr auf den Wert berechnet. Während im April der Einfuhrwert noch nicht 25 Prozent gegenüber dem April 1913 betrug, hatte er sich im Juli gegenüber dem Juli 1913 mehr als verdoppelt.

Dieser Einfuhrhöhe stehen leider nicht die entsprechenden Ausfuhr gegenüber. Seit April haben wir eine passive Zahlungsbilanz schon nach den Zahlen der amtlichen Statistik, gewissermaßen denn, wenn wir die unkontrollierten Einfuhren in Rechnung stellen. Im Juli hat der Einfuhrwert fast das Vierfache des Ausfuhrwertes betragen, wovon ja unsere Valutabewegung ein deutliches Zeichen gibt. Die Ausfuhrmenge betrug im Juli noch nicht den sechsten Teil der Menge des Jahres 1913. Voran stehen Textilzeugnisse der chemischen, keramischen, graphischen Gewerbe, der Maschinenindustrie, sowie mineralische Rohstoffe. Solche Zahlen mahnen zu allergrößter Vorsicht. Sie zeigen, daß der Wirtschaftstörper noch unter so schweren Funktionsstörungen leidet, daß er nicht unkontrolliert sich selbst überlassen bleiben kann.

Die technische Durchführung der Aus- und Einfuhrregelung für die nächste Zeit ist so gedacht, daß die Einfuhr grundsätzlich verboten bleibt. Für die freigegebenen Artikel wird eine detaillierte Freiliste ausgearbeitet werden. Umgekehrt soll die Ausfuhr grundsätzlich erlaubt sein. Für die verbotenen Waren wird eine Verbotliste aufgestellt. Ich hoffe in absehbarer Zeit eine kleine gedruckte Zusammenstellung nach den Warenbezeichnungen des Zolltarifs herausgeben zu können, an deren Hand sich der einzelne Kaufmann genau orientieren kann. In meinem Ministerium habe ich zur Beschleunigung der Geschäftserledigung die Außenhandelsfragen einem diktorischen

Ausschuß zur Entscheidung übertragen, der nach Kaufmännischen Gesichtspunkten arbeitet. Um in allen wichtigen Fragen in enger Fühlung mit den beteiligten Kreisen selbst vorgehen zu können, habe ich für die Zwischenzeit, solange der verfassungsmäßige Reichswirtschaftsrat noch nicht besteht, einen Wirtschaftsrat aus den maßgebenden Organisationen von Industrie, Handel, Landwirtschaft und Verbrauchern berufen. Mit größtem Interesse verfolge ich daher auch die neuerlichen Versuche, eine einheitliche Arbeitsgemeinschaft des gesamten Handels zu bilden. Ich werde diesen Bestrebungen größten Wert bei, denn sie schaffen die dringend benötigten Vertretungsorgane, deren ich mich zur Beratung und Unterstützung bedienen möchte.

Im Binnenhandel bietet sich mit fortgeschrittenem Abbau der Bewirtschaftung dem freien Handel von selbst in der nächsten Zeit ein immer größeres Betätigungsfeld.

Meine Herren! Das Drängen nach völliger Freigabe der privaten Wirtschaftstätigkeit ist heute härter als je. Lassen Sie mich zum Schluß hierüber noch ein offenes Wort sagen. Ich weiß, daß der Handel eine produktive Tätigkeit ist, denn produktiv sein heißt Werte schaffen, und Werte schafft nicht nur der, der in der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion Kraft und Stoff verbindet und verbündet, sondern auch der, der das fertige Produkt an den Ort der größten Nachfrage bringt, wo es den größten Wert besitzt. Ich weiß auch, welche heilbringende Kraft ungehemmte Bewegungsfreiheit des persönlichen Strebens und der ungebundenen Betätigung entwirft. Aber, meine Herren, ich muß noch einmal auf den Ausgangspunkt zurückkommen: Denken Sie daran, daß wir aus einer verarmten Wirtschaft kommen, von der jede weitere soziale Erschütterung ferngehalten werden muß. So würde die Anlehnung des Innenmarktes an die Preislage des Weltmarktes volkswirtschaftlich und politisch von katastrophaler Wirkung sein. Wir haben mit vieler Mühe in der Kohlenproduktion eine gewisse Stetigkeit erzielt. Auch aus manchen anderen Zweigen der Industrie ist mir bekannt, daß Arbeitswille und Arbeitslust allmählich wiederkehren. Dieses allmähliche

Ermachen des Produktionswillens darf auf keinen Fall durch übereilte Experimente gestört werden. Sie können Ihre Tätigkeit im Warenmarkt und in der Warenverteilung nur ausüben, meine Herren, wenn Waren erzeugt werden. Aber, meine Herren, wenn sich der Handel als Glied der gesamten deutschen Volkswirtschaft fühlt und bereit ist, in den schweren Uebergangsjahren, die uns noch bevorstehen, mitzutragen auch an den Opfern und sich diejenige Selbstbeschränkung auferlegen, die notwendig ist, damit wir den sozialen Frieden im Lande wieder herstellen und bewahren, dann werden wir auf sicherem Boden den Aufbau vollziehen. Dann gehen wir zwar einer an harter Arbeit überreichen Zeit entgegen, aber einer Zeit des Wiederaufbaus, in der der deutsche Handel eine seiner Bedeutung und seiner früheren Stellung entsprechende Position einnehmen wird.

### Die neue Drohung.

W. Veriailles, 8. Okt. Wie der „Temps“ mitteilt, hat der Fünferat die deutsche Note betr. sofortige Räumung der baltischen Provinzen für ungenügend befunden. Sie steht im Widerspruch mit den Nachrichten, die er aus Aurland und Litauen erhielt. Marshall Foch wurde beauftragt, eine Antwort auf die deutsche Note vorzubereiten. Die der ersten Note im Falle der Nichtausführung vorgezeichneten Maßnahmen sollen aufrechterhalten und effektiv werden, namentlich was die Einstellung der Nahrungs- und Rohstoffzufuhr betrifft. In der heutigen Sitzung soll auch in Betreff der Ueberwachungskommission, die die deutsche Regierung vorgeschlagen hat, entschieden werden.

Man weiß nicht recht, was man mit dieser fehlenden neuerlichen Drohung anfangen soll. Die ganze Baltikum-Aktion der Entente scheint an den Haaren herbeigezogen zu sein, um uns Ungelegenheiten zu bereiten. Deutschland hat doch in der Sache getan, was es konnte. Zur beschleunigten Räumung des Baltikums schreibt die „Deutsche Allg. Zeitung“, daß General v. d. Goltz auf die Truppen im Sinne der Befolgung des Auftrufs des Reichswehrministers wirkte. Der bejammerte Teil der Truppen und gerade diejenigen Formationen, die sich am tüchtigsten bewährten, seien zur Heimkehr geneigt.

Wie verkannt, stehen die französischen Kammerdebatten über die ungenügende Bekämpfung der militärischen Machtmittel Deutschlands in engem Zusammenhang mit der Note des Verbandes an Deutschland über die Räumung des Baltikums. Von unterrichteter Seite wird behauptet, daß die Forderung, das Baltikum sofort zu räumen, nur den Vorwand für das Verlangen der völligen Entwaffnung Deutschlands abgibt. Die Zucht Frankreichs vor einer militärischen Wiedererstarkung Deutschlands bestche unvermindert fort und sei durch die letzten Kammerdebatten noch verstärkt worden.

# Politische Uebersicht.

## Unabhängiger Landesverrat.

Was die deutschen Unabhängigen jetzt wie zum guten Teil während des Krieges treiben, ist einisch Landesverrat zur schwersten Schädigung Deutschlands. Als der Unabhängige Crispian auf der Berner Konferenz die Lüge in die Welt klanderte, Deutschland habe noch 1,2 Millionen Mann unter Waffen, ist durch diese Lüge in Frankreich große Aufregung hervorgerufen worden. Sie hat wesentlich dazu beigetragen, in Frankreich eine neue gereizte Stimmung gegen Deutschland auszulösen und der wahnsinnigen Forderung nachdrücklicher Verleihen, Deutschland solle vollständig wehrlos gemacht werden. (Siehe auch Refébrés Vortag in der Kammer und die Haltung der Sozialisten.) Am Dienstag hat der Reichswehrminister im Hauptausschusse der Nationalversammlung die Mitteilung gemacht, daß es nicht möglich gewesen sei, bis zum 1. Oktober die Truppenzahl auf 250 000 Mann herabzumindern, dank der unerwarteten Ereignisse in Oberschlesien, Westpreußen und Kurland. Die bolschewistische Gefahr in jenen Gebieten habe sogar dazu geführt, daß vorübergehend die dort stehenden Truppen verläßt werden mußten. Obwohl nun aus den Darlegungen des Reichswehrministers klar zu entnehmen war, daß die von ihm auch besagten Truppenverhältnisse auf heimatischem Gebiete vorgenommen worden sind, und genau der Zweck und die Ursache angegeben worden ist, bringt es die unabhängige „Freiheit“, fertig, die Darlegungen Roskes so zu verdächtigen, daß die Entente daraus schärfstes Mißtrauen schöpfen soll. Speziell verurteilt die „Freiheit“ das Verhalten der deutschen Regierung in der baltischen Angelegenheit als eine Täuschung der Entente hinzustellen. Dabei ist der „Freiheit“ bekannt, daß an die Truppen im Baltikum der strenge Befehl zur Räumung ergangen ist, daß auf jeden Mann geschossen wird, der noch versucht, überzutreten. Weiter verurteilt die Unabhängigen der Entente plausibel zu machen, daß die Einwohner wehren nichts anderes als ein verkappter Militarismus seien und sie reizten täglich die Entente dazu auf, gegen diese Einrichtung vorzugehen. Das ist bewußter Landesverrat, ausgeübt mit der besten Lüge zum schweren Nachteil des eigenen Landes.

Die Unabhängigen wollen eben Deutschland jeden Falls herabziehen, bis das Land vor dem Verfall in das bolschewistische Chaos herabgezogen und sie können sich nicht, dazu die Hilfe der Imperialisten der Entente zu benötigen. Wenn nur Deutschland ruiniert wird, alles andere ist den deutschen Unabhängigen gleichgültig. Darum auch zetteln sie die politischen Streiks an, darum drücken sie auch beide Augen gegen die Sabotageaktion bestimmter Kommunisten zu, darum die taglichen Liebesdienste für die Entente. Die Agitation der französischen Chauvinisten lebt schon seit Monaten ausschließlich von dem Material, das ihnen die deutschen Unabhängigen in Wort und Schrift liefern. Darum sehen wir auch, wie in Frankreich die Sympathien der Imperialisten für die deutschen Unabhängigen steigen. Man weiß drüben sehr wohl zu schätzen, daß Deutschland binnen wenigen Monaten ein wüster Trümmerhaufen werden würde, wenn die Unabhängigen zur Herrschaft gelangen sollten, die nach kurzer Zeit von der Herrschaft der Kommunisten unter russischer Führung abgelöst werden müßte. Den deutschen Arbeitern das offen und rücksichtslos zu sagen, ist einfach Pflicht. Und es ist nicht minder Pflicht, an die Arbeiter zu appellieren, daß sie die Treibereien der Unabhängigen ablehnen, weil jede Unterfützung dem eigenen Lande und damit der deutschen Arbeiterkraft zum schwersten Unheil gereichen muß. Durch das Landesverräterische Verhalten der Unabhängigen wird nicht nur in außenpolitischer Beziehung für Deutschland unvorstellbar Schaden angerichtet, sondern auch im Innern die Reaktion enorm gesteigert. Immer wieder muß mit allem Nachdruck betont werden,

daß aus den Treibereien der Unabhängigen und Kommunisten die Reaktion ihre beste Kraft zieht.

## Das Ziel der Mehrheitssozialdemokratie.

In einem Aufruf der Parteileitung der U. S. D. wird die Regierung wegen ihrer Politik im Baltikum heftig angegriffen. Ueber die Absichten, welche die deutsche Regierung im Osten verfolgt, heißt es da: „Ein Bund der zurückgekehrten Romanows und Hohenzollern ist das letzte Ziel dieses verrückten Planes.“

Ebert und Scheidemann besitzen in der Tat keinen höheren Ehrgeiz als den, Nikolai Nikolajewitsch auf den Jarenthron zu setzen und Wilhelm II. als wiedergefundenen Kaiser durchs Brandenburger Tor einzuführen. Aber ob selbst die unabhängigen Parteigänger diesen Quatsch glauben?

Die Unabhängige Parteileitung denunziert natürlich auch wieder die Regierung bei der Entente: die deutsche imperialistische Eroberungspolitik gegen Rußland werde fortgesetzt. Die bolschewischen Soldaten wollten Ansetzungsland für zehntausend deutsche Bauern. Kommunisten und Unabhängige wollen 800 000 deutsche Arbeiter nach Rußland liefern und dort dauernd ansiedeln. Natürlich wird die Entente auch das als „imperialistische Eroberungspolitik“ ansehen. Die Gehe der Unabhängigen kann sich noch einmal an ihnen rächen.

## Italien.

### Sozialistenkongress.

Bern, 6. Okt. Gestern ist in Bologna der Sozialistenkongress unter sehr starker Beteiligung zusammengetreten. Das Direktionsmitglied Baroci eröffnete den Kongress mit heftigen Anklagen gegen die Regierung, die sich nur durch reaktionäre Maßnahmen wie die Wiedereinführung der Zensur zeigen, halten könne. Parteisekretär Lazzari gab den Tätigkeitsbericht bekannt. Er stellte ein weiteres Anwachsen der Partei und die straffe Disziplin innerhalb derselben fest, wodurch die Wahrscheinlichkeit des Gelingens von Massenaktionen zur Erlangung der wirtschaftlichen und politischen Macht gewachsen sei. Dreves stellte fest, daß der Appell an die Gewalt, welche jetzt von vielen Genossen verlangt werde, ein Kriegsüberbleibsel sei. Ein Barricadensozialismus unter Leitung der Minorität führe nur ins Verderben. Die Revolution der ganzen proletarischen Masse müsse durch Aufräumarbeit beiseitegeräumt werden. Die Gesamtheit wolle keine Einzelaktion. Jedenfalls sei gegenwärtig nur ein ganz verschwindender Teil der Arbeiter für den gewaltsamen Umsturz zu haben. Die Meinung der überwiegenden Mehrheit des Kongresses gab Gennari wieder, als er die Notwendigkeit der Revolution für die Einführung der Diktatur des Proletariats forderte, aber gleichzeitig auch die Beteiligung an den Wahlen als unerlässlich verlangte.

### Ratifizierung durch Dekret.

Mailand, 7. Okt. Der „Corriere della Sera“ berichtet aus Rom: In letzter Stunde vernehmen wir aus sicherer Quelle, daß der König die beiden Dekrete, die die Friedensverträge von Versailles und St. Germain ratifizieren, unterzeichnet habe. Jedes der beiden Dekrete besteht aus zwei Artikeln. Im dem ersten Artikel wird die königliche Regierung ermächtigt, die Verträge voll und ganz in Anwendung zu bringen. Der zweite Artikel verleiht die Unterbreitung der Dekrete im Parlament, damit sie zum Gesetz erhoben werden.

## Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 7. Oktober 1919.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 120 Uhr nachmittags. Eine Anfrage über die Verteilung einer Broschüre, enthaltend eine Schilderung der Revolution in sozialdemokratischer Sprache an heimkehrende Kriegsgefangene wird von einem Regierungsvertreter dahin beantwortet, es sei der Regierung nicht bekannt, daß Kriegsgefangene an der Broschüre Anstoß genommen hätten.

Es folgt die zweite Beratung des Etats des Reichsministeriums des Reichsanzlers und der Reichsjustiz. Hg. Cosh (Zentr.) berichtet über die Ausschußberatung. Hierauf nimmt

### Reichsanzler Bauer

das Wort. Er macht zunächst Mitteilungen von der Erweiterung der Reichsregierung durch den Eintritt der Demokraten in das Kabinett und erklärt dann u. a.: „So stelle ich Ihnen heute das Kabinett in seiner neuen Gestalt vor, ein Kabinett, das die übergroße Mehrheit dieses Hauses und damit unseres Volkes präsentiert. Ob dieses Stärkeverhältnis immer noch der parteipolitischen Schichtung Deutschlands entspricht, sollen die Neuwahlen zum ersten Reichstag der Republik zeigen, die nicht vor dem Frühjahr angelegt werden können. Die Regierung wird in dem von mir gezeichneten Rahmen mit dem frühesten Termin einberufen sein.“

Das Programm des Kabinetts ist das gleiche geblieben. Eines darf ich freudig und dankbar feststellen: Es geht wieder ein Zug nach Arbeit, nach Konsolidierung durch das Volk, besonders durch die Arbeiter. Gewiß, es wird immer noch zu viel gestreift in Deutschland, viel zu viel, jedoch die wilden Streiks bereits unbedenkliche Streikluft veranlaßt. Eine Regierung, der vorzuziehen ich die Ehre habe, wird nie an dem Streikrecht als wirtschaftlichem Kampfmittel zu rühren wagen. Aber die alles zerstörende Erbschaft des Krieges steht noch in voller Blüte — die Korruption. Eine moralische Erkränkung ohne gleichen gilt es hier in allen Schichten zu bekämpfen mit aller Erbarmungslosigkeit ohne irgend ein Ansehen der Person. Auch die parlamentarische Tätigkeit dieses Winters wird in gleichem Umfang in der Feststellung der Rechte der wirtschaftlich Schwächeren, vor allem der Arbeiter, bestehen. Rechte und Pflichten verlangt die Arbeiterkraft in dem Umfang, wie es ihrer Bedeutung für das Volksganze zukommt. Die Regierung ist fest entschlossen, diesen Rechtsanspruch zu erfüllen. Der Ausdruck dieses Entschlusses ist vor allem der Gesetzentwurf über die Betriebsräte. Der Entwurf eines Gesetzes über die Wirtschaftsämter soll Ihnen so bald als möglich vorgelegt werden. Die Wahlen zu den Betriebsräten sollen möglichst schon zu Anfang nächsten Jahres stattfinden können und die Wahlen zu den Wirtschaftsämtern vielleicht schon einige Wochen früher. Die Reichsregierung ist mit dem Zentralrat darin einig, daß das je eher desto besser geschieht. Wir wünschen mit dem Gesetze die Rechte der Arbeiter mit den Pflichten gegenüber der Allgemeinheit in Einklang zu bringen. Es muß eine Schlichtungsordnung, deren Entwurf im Reichsministerium bereits vorliegt, Reichsgarantien für ordnungsmäßige Verrichtung der Schlichtungsausschüsse und für ein allgemein geltendes Verfahren festlegen. Das letzte Ziel dieser Entwurfs ist das obligatorische Schiedsgericht, das die Streiks auf das äußerste Maß und die schwersten Fälle beschränkt. Ein Gesetz über den Einstellungszwang der Kriegsschädigten soll gerade den Schwerebeschädigten Arbeit und Auskommen sichern. Daneben geht das große Werk der Neuordnung der Militärrentenerbverjüngung. Ein dritter Weg, den Opfer des Krieges vor allem zu helfen, wird das Reichsheimstättengesetz sein, das Ihnen voranschreitlich in Vöde zugehen wird. Auf dem Gebiete des allgemeinen Arbeiterrechts ist ein Arbeitszeitgesetz in Vorbereitung, das den Achtstundentag sicherstellen soll. Die gewerkschaftlichen Grundzüge und nicht minder die finanziellen Mißverhältnisse des Reiches verlangen eine Umgestaltung der vielfach mißbrauchten Arbeitslosenfürsorge. Den endgültigen Ausbau der heutigen Zustände soll uns die Arbeitslosenversicherung bringen. Wenn uns nicht eine Steigerung der Arbeit, vor allem in den Eisenbahntreckstätten, gelingt, dann können wir Kohle und Industrie nicht in einen fruchtbareren Zusammenhang bringen.

Fast überall in der Welt außerhalb unserer Grenzen ist wieder eine Propaganda gegen uns im Werk, die uns den Friedenswillen absperrt, die immer noch im

## Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

89 Nachdruck verboten.

Er war voll der besten Hoffnungen. Den ganzen Winter hatte er sich in trüben Tagen trübe gequält, nun kam ihm mit der grünen Saat eine frohere Stimmung. Vom Dyla Gora herunter sah er auf lauter hoffendes Land. Und er tadelt sich: hatte er nicht unrecht gehabt, mitunter so zu verzagen? Schlimme Elemente gab es überall, aber wenn man sie erkannte, war es nicht schwer, ihnen zu begegnen. Das Deutschland besah doch eine so große, so überlegende Kraft, seine Segnungen lagen so auf der Hand, daß es mit der Zeit selbst die verstockteste Gegnerschaft überwinden mußte. Nur Zeit, Zeit, eine Masse Zeit mußte man haben. Man mußte die Zeit haben, zu warten, bis in allen Schulen nur deutsch gelehrt wurde. Bis deutsche Kinder, von deutschen Eltern hier geboren, den Acker bestellten. Zeit, bis die polnische Dirne, die der deutsche Burtsche freite, ihr Vaterland da fand, wo ihre Liebe war! Dolechal, den Valentin Bräuers Hochzeit mit so viel Unwillen erfüllt hatte, hörte jetzt Gutes von dem Paar, und er hatte die jungen Leute auch schon einmal zusammen gesehen. Er war am Krüge vorbei gefahren, da hatten sie miteinander auf der Haustreppe gestanden; sie fütterte die Säbner, die emsig pickten, mit eifrig lodendem „But, y!“ und er hatte ihr gefällig den Futterkorb gehalten. Sie schienen so recht einträchtig; die hübsche Frau mit ihrem glänzenden Haar, sauber angetan, gab ein freundliches Bild. Und die Fenster des Hauses waren auch blank gewesen und weiße Gardinen hingen daran; selbst die Straße vorm Krug war sauber, eine derbe Magd war eben dabei, mit Schaufel und Besen den Schmutz von Koffen und Röhren beiseite zu schaffen. Es hatte Dolechal mit einer wahren Freude erfüllt, das so zu sehen: hier konnte junge Saat aufgehen, kräftig und verheißungsvoll! Gottlob!

Selene freute sich der hefteren Stimmung ihres Mannes — Gott sei Dank, er konnte doch noch lachen! Oft hatte sie geglaubt, er habe es ganz verlernt. Aber ihn nach Berlin zu begleiten, hatte sie abgelehnt. Was sollte

sie da? Seine Interessen konnte sie nicht unterstützen, und — lagen durfte sie ihm freilich nicht — sie wollte die auch gar nicht unterstützen. Wenn er mit ihr über seine Pläne gesprochen hätte, so würde sie ihm gesagt haben, wie schwer die Befürchtung einer Enttäuschung für ihn auf ihr lastete. Wie konnte er nur denken, hier durchzubringen? War denn sein Auge so ganz ungeschleiert, daß er nicht sah, was so deutlich zu sehen war, so zum Greifen nah, wie vom Dyla Gora der schwarze Turm von Pocięcha-Dorf? Er würde hier nicht liegen!

Dolechal war enttäuscht, daß seine Frau ihn nicht nach Berlin begleiten wollte, aber zuletzt sah er doch ein, daß sie bleiben mußte, wenn er fern war. Er würde nun seine Berliner Bekande so sehr als möglich zusammenbringen, um zu den Osterferien wieder bei den Seinen zu sein. Die Anaben quälten ihn um Osterei — ja, ja, er würde ihnen helde mitbringen, viele! Voller Freundschaft ver sprach er ihnen; er hätte noch ganz anderes versprochen, er war wie neu belebt.

Selene brachte ihn zur Eisenbahn. Die Kinder empfahl sie derweisen der Obhut der Gouvernante und der alten Pelasia. Es würde ziemlich spät werden, bis sie zurückkam, da sie ihren Mann, der mit dem Nachtzug fuhr, noch bis zum Coupe begleiten wollte.

Dolechal wußte selbst nicht, was ihn plötzlich überfiel, gleich einer jähen Traurigkeit, als er, die Hand seiner Frau in der seinen haltend, der Kreisstadt aufbrach. Heute war ein ungewohntes Treiben. Kommen und Gehen auf den sonst so stillen Feldern. Der Märwinde wehte in Rücken von Weibern, listete Rockhöfe von Männern und ließ viele rote, blaue, grüne und violette Bänder in der Luft flattern.

Sie waren alle im Sonntagsputz, wie zum Kirchgang gerüstet, im höchsten Staat. Den Rosenkranz trugen sie um die Hände geschlungen; die Frauen hatten am Arm ein Körbchen, das scharlachene Sackdud trug der Mann wie ein Bündel. Gleich groben bunten Blumen webten die Gestalten über die schwachbegrüne Ebene, einzelne oder auch in Trupps gefüllt; aus allen Richtungen kamen sie her, alte und junge Männer, alte und junge Weiber, Knaben und Mädchen. Und vom Pocięcha-Dorf kante die Glocke in einem fort.

Wohin strömten die nur alle? Jetzt war doch nicht sonntägliche Kirchgangszeit!

„Mada! Verkündigung, gnädiger Herr — Ablass!“ laute der Aufseher und drehte sich herum nach den Herrschaften. „Jahren Sie heute abend auf dem Nachhausewege so schnell als möglich,“ befahl ihm Dolechal, und dann wendete er sich besorgt zu seiner Frau: „Hoffentlich habt ihr keinen Kravall mit Betrunknen! Fatal!“ Seine Stirn zog sich kraus, wie mit einem Schlag war seine ganze gute Laune dahin. Er fakte die Hand seiner Frau noch fester, eine plötzliche Sorge packte ihn: „Es wird dir doch nichts passieren?“

Sie sah ihn dankbar an: „Mein guter Mann, wie du immer sorgst!“

„Nä mag dich gar nicht allein lassen. Ich möchte lieber bei dir bleiben,“ murmelte er.

Sie nickte lächelnd, aber Tränen waren ihr jäh in die Augen geschossen. „Es wäre mir auch lieber, du bliebest hier! Ach ja!“

Das Scheiden von ihm wurde ihr auf einmal so unsagbar schwer. Wie töricht, es handelte sich ja nur um kaum eine Woche! Aber ihr war, als sollte die zur Ewigkeit werden. Dichter zu ihm rügend, legte sie ihre zweite Hand auch noch in die seine.

„Bleibe,“ flüsterte sie innig, „bleibe bei mir!“

„Aber ich kann ja nicht, ich muß doch fort!“

„Ja, du mußt fort!“ Traurig nickte sie. Und dann zog sie ihre Hände aus der seinen, faltete sie im Schoß und sah still darauf nieder. Sie wagte jetzt nicht mehr zu sprechen, denn dann hätte sie weinen müssen, und sie wollte nicht weinen — nein, nicht weilschuldig sein! Und sie biß die Zähne aufeinander.

Auch er schwieg. Ohne zu sehen, glitten seine Blicke über die weiten Felder und die bebügten Menschen, die alle zum Ablass eilten. Er wandte den Kopf noch einmal zurück in der Richtung nach Deutschau — da schwand eben der Dyla Gora.

Es war heut wenig Hoffnungsfröndigkeit in der grauen Luft, am Tag von Maria Verkündigung.

(Fortsetzung folgt.)

perialismus und Verträglich in untern Handlungen und Einrichtungen wittern den meisten Mißdeutungen die militärische Institut der Republik ausgelegt, die Reichswehr. Wir sehen heute die Truppen noch für zwei Zwecke: 1. um Innern staatliche Ordnung auch gegen Gewalt aufrechtzuerhalten und 2. um dort eine Vornahme einer Entlohnung zu verhindern, wonach im Friedensvertrage eine einseitige und unbeeinflusste Volksabstimmung über das Schicksal deutscher Landesteile entscheiden soll. Vor dem Zustand des Friedensvertrages die Herabminderung des Heeres auf die vorgeschriebene Mindeststärke nicht möglich. So haben wir heute noch rund 200 000 Männer und ebensoviel an den östlichen Grenzstellen. Wie alle unsere Einrichtungen, so befindet sich auch die Reichswehr in einem Zustande der Umbildung, der Anpassung an die neue Republik. Wer seine Pflicht tut und seine Stellung nicht einseitig parteipolitisch mißbraucht, ist in der Reichswehr willkommen. Ein Volksheer, das ist unser Ziel.

Auf was stützt sich nun das Märchen von dem angeblich deutschen Militarismus? Das Ausland kann sich nicht so schnell hindern, wie die Tatsache, daß die immer vorhandene positive Stimmung in Deutschland die Führung an sich gezogen hat. Hier da Schlimmere ist, daß dem Ausland von Deutschland ist, von rechts und von links, das Bild der Republik gefälscht wird, daß von den Deutsch-Nationalen merklich der Eindruck eines erkrankten Nationalismus angeht, während die Unabhängigen sich nicht genug tun können in Verhättnissen der Regierung.

Nach erklären über mit aller Deutlichkeit und mit allem Nachdruck: Es ist unser Streben, den Friedensvertrag nach Kräften und in allen Dingen zu halten und zu erfüllen; in ganz besonderer Weise gilt das aber von den militärischen Bedingungen des Vertrages. Zwei Monate nach der Ratifizierung soll das deutsche Heer nur noch 200 000 Mann betragen. Wo wird es nur 200 000 Mann betragen, nicht einen Mann mehr. Genau wollen wir uns dem Balthikum mit allen Mitteln. Der Ruf der Regierung an die Truppen im Balthikum hat, so denke ich, eine deutliche Sprache gesprochen. Ich bin überzeugt, unsere Maßnahmen werden zu einem Erfolge führen, um so schneller, wenn die Entente unsere Vorschläge annimmt, eine Kommission mit uns zu bilden, deren Aufgabe es wäre, nach Prüfung der Sachlage die Maßnahmen zu treffen, zu überwachen und durchzuführen. Drei Tage vor Eintreffen des Ultimatum hatte die Reichsregierung bereits die entscheidenden Maßnahmen getroffen und die Entente mitgeteilt, dennoch kam es zum Ultimatum mit der fürstlichen Drohung. Die Reichsregierung hat die schärfste Bemerkung dagegen eingeleitet, daß es neue solche unmensliche Kriegsmassnahmen gegen die Zivilbevölkerung angewandt werden. Von dieser Stelle aus lehne ich diesen Protest noch einmal auf, um den einfachen Laienten zu zeigen: Weil außerhalb des Machtbereiches der Republik, die mit allen Mitteln militärisch geschützt gemacht wurde, Soldaten ihren egoistischen Plänen nachzugehen sind, soll auf neue der deutschen Frau und dem deutschen Kinde das höchste Fett und Milch abgegriffen werden, das unser Vaterland außerhalb der Grenze kaufen kann. So haben wir uns die Aera des Völkerbundes nicht gedacht.

Der vom ganzen Volke so lang ersehnte Militärtransport unserer Kriegsgesangenen hat endlich begonnen. Außerordentlich lächerlich ist es uns, daß er erst so geringe Fortschritte gemacht hat, daß zahlreiche Volksgenossen von uns getrieben und daß andere verhindert werden, uns anzuschließen. Auch das müssen wir ertragen, denn wir wollen den Friedensvertrag loyal durchführen. Was uns aber kein Friedensvertrag nehmen kann, ist das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit, und unsere deutschen Stammesgenossen, die künftighin von uns getrennt sind, sollen wissen, daß wir auf den Gebieten, die uns der Friedensvertrag übrig läßt, für sie sorgen.

Nach muß zum Schluß auf den Anleihen zurückkommen, den die Deutsch-Nationalen an der Weltverfassung haben, die uns auf jedem Schritt und Tritt hemmt und lähmt. Im Ausland hat man sich schon daran gewöhnt, in den

Meinungen der Rechten die für die Reichspolitik maßgebende Stimme zu hören. Das macht ihre Auslassungen, so bedeutungslos sie für den Kurs der Republik auch sind, doch überaus gefährlich. Ich frage die Herren von der Rechten: Können und wollen Sie die Verantwortung für diesen gefährlichen Wahnsinn übernehmen? Ist das überhaupt noch Politik oder nur noch Irrsinn? Eine angebliche Vaterlandsliebe, die sich so äußert, die dem Gegner solche Waffen in die Hand drückt, die darf man nicht frei herumlaufen lassen. Wir dulden nicht, daß anonyme Schmierereien das deutsche Volk in neue Fährlichkeiten bringen und seinen Keimling vor der ganzen Welt aufs neue untergraben. Wer sich zu diesen Artikelshreibern und vor sie stellt, der ist uns ein Feind des deutschen Volkes. Ich möchte sehen, wer sich ausschließt von der ungeheuren Mehrheit der Deutschen, wenn die Reichsregierung getreu ihrem außenpolitischen Programm den Aufbruch für den freien Aufbau, für die Völkerverständigung gegen die gewissenlosen Brunnenbergler des Chauvinismus.

Bei seiner Bewertung des Streifs fand der Reichskanzler Beifall bei der Linken, ebenso bei der Ermächtigung des Mißbrauchs der Arbeitslosenfürsorge. Die Linke und das Zentrum stimmten keinen Ausführungen zu, die Arbeit in den Eisenbahnbetrieben zu steigern, ebenso keinen Ausführungen über die Reichswehr und seinem Protest gegen die neu angeordnete Blockade. Sein Vorstoß gegen die Deutsch-Nationalen fand höchste Zustimmung bei der Mehrheit. Büchen rechts, wiederholter Beifall bei der Mehrheit.

Herr Dr. Peterlein (Dem.) lepte die Gründe der demokratischen Partei für ihren Wiedereintritt in die Regierung. Es sind vor allem vaterländische Gründe, die über dem Parteipunkt stehen. Nebenher werden sich in längerer Ausführungen gegen die Rechte, besonders gegen einen Artikel des Grafen Bismarck, (Unterbrechung und Gelächter rechts.) Wir wollen die demokratische Regierung unterstützen, aber wir wollen auch ein klares Wort mitreden. Wir verlangen Schutz gegen jeden Terrorismus. Der Dandel muß von unrichtigen bürokratischen Befehlen befreit werden die nur zur Umgehung der Gesetze verfahren. Das Kapital muß herangezogen werden zur Deckung der Verpflichtungen aber es muß so weit geschont werden, daß nicht das ganze Wirtschaftsleben untergraben wird.

Herr Scheidemann (Soz.): In der nächsten Beurteilung des uns aufzunehmenden Gewaltfriedens besteht keine Differenz zwischen Bauer und mir, ebenso zwischen den Parteien dieses Hauses. Ich freue mich, daß die demokratische Partei den Weg zur politischen Arbeit zurückgefunden hat, auch weil die Regierung vor allem stark sein muß gegen rechts. Die Propaganda der sogenannten Nationalisten für das Gezeirte ist gefährlich, weil sie Mißtrauen sät. Das Volk muß wissen, daß die neue Demokratie neue Wege öffnet zu neuen Fortschritten. Der Feind steht rechts! Ich möchte, ich könnte sagen, er steht nur rechts. Wenn sich die Arbeiter erst vereinigen wollen, sobald die monarchistische Gefahr da ist, wie es zu spät sein. Ich richte den dringenden Appell nach links, die Arbeiter möchten sich nicht selbst zerstreuen. (Acht rechts.) Vorläufig verhindern die unabhängigen Führer jede Einigung. (Räusende Rufe bei den U. S. B.) Das Mitbestimmungsrecht und Einzelhandelsrecht der Arbeiter ist eine Forderung, von der man nicht abgehen kann. Darunter wird unsere Industrie nicht leiden. Die Soldaten in Ausland müssen gehorchen lernen. Die Volksgenossen, die die Stenographie von uns trennt, bleiben doch die Unierigen. (Beifall.) Wir verzichten auf gewaltsame Wiederherstellung, aber dafür muß ein anderes Mittel eintreten: Die Revision des Friedensvertrages. (Beifall.)

Herr Graf v. Helldorff (D. N.): Die zur Regierung vereinigten Parteien sind wunderliche Genossen. Wenn die Wahlen einmal im monarchischen Sinne die Mehrheit bringen würde, so wäre die Wiederkehr einer Monarchie nicht unmöglich, aber eine solche Monarchie müßte vieles aus dem jetzt Bestehenden wieder übernehmen. (Hört! Hört!) Jetzt denken wir an Ginen 18. Brumaire. Die Einmischung aus dem Osten muß aufhören, denn wir können diese Leute nicht ertragen. Die Zwangsverhältnisse kann nicht mehr lange ertragen werden, denn niemand hält sich an ihre Vorschriften. Die Landwirtschaft fängt an zu erwidern infolge Kautemangels und der ungenügenden Kosten des Strohens und der Futtermittel. Hier muß gehoffen werden. Von einem einheitlichen Steuerplan kann keine Rede sein. Das Recht der Betriebsräte, bei Anstellungen und Entlassungen mitzuzupreden, bedeutet eine unerträgliche Beschränkung der Unternehmern. Wenn wir die Kompetenz der Nationalversammlung so weit ausdehnen wollen wie die Regierung, so können wir noch

vier Jahre sitzen. Schemt sich die Regierung vor ihrem eigenen Wahlsieg? Nur ein Wunder kann uns retten, wenn das deutsche Volk aus eigener Kraft sich sammelt und aufrückt aus seinem Elend. (Beifall rechts.)

Herr Joff (Zentr.): Die Regierungskoalition ist eine Arbeits-, keine Gefinnungsgemeinschaft. Uns eint das Bestreben, das Volk und das Vaterland zu retten. Die Kriegsgefangenen müssen schleunigst heimgeschafft werden. Hier dürfen wir nicht rasen. Die Soldaten im Balthikum müssen gehorchen, denn eine neue Blockade können wir nicht ertragen. Nach außen müssen wir Kulturpolitik treiben, die auf moralische Eroberung hinausgeht. Unsere nationalen Gefühle müssen gereinigt werden von den Schanden, die ihm noch anhaften. Die Demokratisierung ist alles. Nord und Blinderung sind den Leuten im Krieg zur Gewohnheit geworden. Aber wie soll den Arbeitern die Lust zur Arbeit kommen beim Anblick des schamlosen Lurus der jüdenartigen Schieber und Wucherer. Wie wäre es mit einem gewissen Belagerungsquartier oder Volksgericht, nach denen man den Wucherer rücksichtslos zu Leibe richte. Von dem Parlament muß eine starke sittliche Idee ausgehen. Zurück zur Einfachheit. (Beifall im Zentrum.)

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf morgen 1 Uhr. Vorher Interpellation Arnstedt, Schuß der Jugend. Schluß der Sitzung 6 45 Uhr.

### Badische Politik.

#### Die Befämpfung des Nahrungsmittelwuchers und des Schleichhandels.

Die „Karlsruher Zeitung“ spricht in ihrem Leitartikel vom letzten Samstag die Meinung aus, als ob in der Frage der Lebensmittelversorgung in der letzten Zeit die Maßnahmen der Regierung, der Parteien und der Presse bei den Bauern einen gewissen moralischen Erfolg erzielt hätten. Bei verschiedenen Versammlungen und Vespredungen haben jedenfalls Vertreter der Landwirtschaft erklärt, daß sie die Notwendigkeit der Zwangswirtschaft einsehen und daß sie gewillt seien, ihrer Vorkriegspflicht zu genügen. Inwiefern diese moralische Einsicht greifbare Resultate gehabt hat, wisse man noch nicht. Bezüglich der Kartoffel-Lieferung sei jedenfalls zu sagen, daß einwillen noch in einer geradezu aufreizend geringen Menge abgeliefert werde. Was die Schleichhändler und Wucherer anlangt, so glaubt das Regierungsblatt, daß es völlig vergebens ist, hier auf eine moralische Einsicht zu hoffen und zu warten. Hier gibt es nur einen rücksichtslosen Kampf und rücksichtslose Bestrafung! Und sicherlich wird ganz automatisch die Lieferungs menge steigen, je mehr es gelingt, die eigentlichen Schieber zu bekämpfen und unerschütterlich zu machen. Zum Schluß rät die „Karlsruher Zeitung“ noch eine Mahnung an die Konsumenten. Unter ihnen befinden sich viele, die in einer Überhöhung materieller Genüsse, wie sie in der heutigen Zeit gar nicht mehr gerechtfertigt wird, den Wucherern und Schleichhändlern einen jeden Preis bezahlen. Das bildet naturgemäß einen starken Anreiz für den Produzenten und für den Händler. Sehen diese Schichten, daß sie die geforderten Wucherpreise von einem Teil der Konsumenten bezahlt bekommen, so glauben sie damit das Recht zu haben, nun auch ganz allgemein derartige Wucherpreise zu verlangen. Wenn es erst einmal dazu käme, daß die Konsumenten den Schieber mit Verachtung davorweisen oder sofort anzeigen würden, dann wäre damit ein gut Teil zur Rettung unseres Volkes geschehen. Und niemand hätte zu befürchten, daß er nun nichts mehr angeboten bekäme. Denn wir haben uns immer die Tatsache vor Augen zu halten, daß an sich im großen und ganzen genügend Lebensmittel vorhanden sind, um die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit ausreichend, wenn auch nicht gerade üppig zu ernähren, vorausgesetzt, daß überall ehrlich verfahren wird und daß alle zur Ablieferung Verpflichteten das Quantum, das sie liefern sollen, auch wirklich abliefern!

Wie wir hören hat die Regierung zur Befämpfung des Schleichhandels weitere Maßnahmen getroffen und in solchen Orten, wo der Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse besonders lebhaft betrieben wurde, besondere Gemüshäuser

### Zur Verhütung eines nervös und ängstlich gewordenen „Revolutionärs“.

Herr Adolf Sedl in Offenburg ist nervös geworden. Der Zustand des alten Herrn ist immerhin ernst zu nehmen, denn er leidet höchstwahrscheinlich an ängstlichen Wahnvorstellungen, die durch die fixe Idee verurteilt worden sind, Genosse Schöpflin sei gegen nach Baden geschickt worden, um die U. S. B. im allgemeinen, Herrn Adolf in besonderen zu bekämpfen. Diese fixe Idee macht den alten Offenburger schauerlich unruhig und man weiß ja, daß der Mut ihn nie sonderlich regiert hat. In diesem bedauerlichen Zustande hat Herr Adolf sogar keine feste Abneigung gegen die Arbeitslosigkeit überwinden; er ist heimatlich fleißig geworden. Geht ein fröhlicher und braver Christenmensch in der Angst vor dem 11. in den Wasserwasserteufel, um sich mit geweihtem Wasser gegen den bösen Feind zu schützen, so verprügelt Herr Adolf in seiner Angst vor dem 11. den zurückgekehrten Landmann ergötlich viel Tinte: bald im Karlsruher, bald im Mannheimer unabhängigen Blatte; dann wieder im Intelligenzblatt für die alten Offenburger Waken und neuerdings sogar in der „Leipziger Volkszeitung“. Von der Kinzig bis an den Strand der Meise trägt Herr Adolf seine Angst vor dem unbehaglichen Landmann spazieren. Am 1. Oktober feierte die „Leipziger Volkszeitung“ ihr 25-jähriges Jubiläum, wozu sich auch der alte Offenburger mit einem Beitrag „aus Baden“ herangebracht hat. Sicher nicht zum Vergnügen der Redaktion, denn wir, die ja in der „Leipziger Volkszeitung“ sehr gut Bescheid wissen, wissen auch, daß man dort den „Alten“ in Offenburg nur als halb fommisch, halb bemitleidenswerte Figur einschätzt und sich weidlich lustig macht über den „Schieber“ im badischen Oberlande, der sich immer wieder als „Radikaler“ in empfehlende Erinnerung zu bringen sucht. Aber man hat Mitleid mit ihm. Außerdem gehört ja zu jeder festlichen Veranstaltung ein Spagmacher, der die verehrten Festgäste durch seine Poffen und Schürzen unterhalten muß. Und als Spagmacher hat sich Herr Adolf bekanntlich in der ganzen Internationale ein dauerndes Adonien gefischt; dieser Eigenhaft wegen bleibt er unversehrt. Wir ermunern uns noch mit Vergnügen, wie uns in Dänemark einmal ein bekannter Genosse fragte, wie doch der alte fommische Herr noch heiße, der immer bei Kon-

greifen oberds, wenn die anderen von der Arbeit müde bei einem Schoppen Erholung suchen, je ne Tätigkeit annehmen. Es hätte nicht erst des Hinweises auf äußerliche Kennzeichen bedurft, um sofort zu antworten: Das ist der Adolf von Offenburg, der Spagmacher der Internationale. Bei seinem Selbstbeitrag für die „L. V.“ hatte nun Herr Adolf den Ehrgeiz, endlich auch einmal gelassen zu werden. Und um dieses Ziel seines Ehrgeizes zu erreichen, kam ihm ein glücklicher Einfall zu fatten. Er überdies den spaltenlangen Erguß: „Georg Schöpflin der Säuberer Badens“. Ist nämlich auch den Leipziger der alte Offenburger würdig, trotzdem er sich bei dem in seinem Artikel als „Senior der Unabhängigen“ tituliert, so können sie umso besser Georg Schöpflin, der ja ein Duzend Jahre neben und mit ihnen schwere Kämpfe ausgefochten hat. So erleben wir das amüstante Schauspiel, daß der „Senior der Unabhängigen“, um in Leipzig endlich einmal auch gelassen zu werden, sich des Namens und der Perion des Gegners bedienen muß, der ihn seit Wochen in so große Aufregung versetzt. Nicht minder lustig ist, daß Herr Adolf ausgerechnet nun den Leipziger Arbeiter erzählen und glauben zu machen verdirbt, er nämlich Adolf in Offenburg und Herr Kruse in Karlsruhe, hätten den Schöpflin in den letzten Wochen in Wort und Schrift ganz elendiglich anzuwachen gesehen. Die Leipziger Unabhängigen sind sicherlich auf Schöpflin nicht gut zu sprechen, aber daß der Herr Adolf aus Offenburg ihn anzuwachen, das glauben die Leipziger als beste Sachen bestimmt nicht, auch dann nicht, wenn Herr Adolf außer Herrn Kruse noch ein Duzend sogenannter unabhängiger Schwurzeugen aufmarschieren läßt.

Es hätten wir kaum Ursache uns mit Herrn Adolf hier zu beschäftigen, wenn uns nicht das Mitleid und eine gewisse Dankbarkeit dazu veranlaßte. Herr Adolf hat auch uns als Spagmacher manche vergnügliche Stunde bereitet. Das zwinat uns zu Dankbarkeit. Das Mitleid mit dem nun so nervös und ängstlich gewordenen „Senior der Unabhängigen“ treibt uns, ihm die beruhigende Versicherung zu geben, daß der böse Schöpflin gar nicht daran denkt, Herrn Adolf an die Gurgel zu springen, wie Adolf in der „L. V.“ sich ausdrückt. Nein, nein, lieber alter Offenburger! Schließen Sie ganz ruhig und unbesümmert an der Kinzig weiter. Wir fügen Sie gelegentlich in lustiger Laune einmal, aber böse Absichten gegen einen

alten und so bemitleidenswerten Mann hegen wir nicht. Dazu haben wir uns ernstliche Gegner aus, an denen ja kein Mangel ist. Es mag ja für den guten Adolf ein gewisser Trost sein, wenn er sich einbildet, gerade auf ihn habe man es abgesehen, aber es handelt sich dabei um eine fixe Idee. Herr Adolf ist uns nicht im Wege. Die Mutter Natur hat so viele merkwürdige Kostgänger, daß wir und die geplagte Menschheit den alten Offenburger leidend auch noch ertragen können. Damit, Gott befohlen, verabschiedet Herr Adolf!

### Literatur.

Aus den Mäthern eines Gefangenen, Gedichte von Max Kronstein (Baethen-Verlag, Stuttgart-Gamstadt), besteht sich eine Sammlung ansprechender Gedichte. In chronologischer Reihenfolge zeigt uns der Verfasser die Schicksale eines deutschen Soldaten: Die Stellung des Feindes wird „eingetrammelt“, kurzweilig gemacht; dumpf brüllen und barren „graubärtige Männer“ neben „kaumzielenden (?) Anaben“ im stümpern Graben des grauenhaften Wertes, das über in kurze Fahrt. — Der Sturm ist darüber — gefangen, unbraut vom Gejoh des Saxe the King, des Sie: ja partie, schreit unter Held inmitten seiner Lebensgenossen. Das Schiff entfährt die Schicksalsgenossen übers Meer nach England, weg vom Kontinent. Das Gefangenensein im grauen Kloster in England gerührt, ein Tag wie der andere, nur ein Emerlei. Die Sehnacht endet das Leid eines Gefangenen: er stürzt sich hinunter von den Bännen — befreit. — Den anderen bleibt als letzter Trost im ewigen Alltag nur die Erinnerung: Vater und Mutter, die Heimat, eine liebende Braut. — Und endlich frei! frei! Heimfahrt! — Preislos ist das letzte Gedicht das bestgelungene von allen. Man fühlt hier eine lebendige Erregung, hört das Rauchen der ihren geistigen und physischen Fesse: Entkommen. — Sprachlos sind die „wie“, „wo“, „wer“, eine unichöne Stelle „da warts halt ja“, zu beanstanden. Im ganzen aber eine weiteres verprechende Bestung, ein höherer Aufrat. Glück zu Folgendem!

Von der „Weichheit“, Zeitschrift für die Frauen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Nr. 22 erschienen. In dem Leitartikel schreibt Dr. Olga Essig über: „Staatsbürgerliche Schulung der Frauen.“ Von der Artikelserie „Sozialisierung der öffentlichen Wahlrechtspflege“ erscheint Abhandlung VII: „Die Wohnungsfürsorge“. Hans Gathmann ist mit einem schönen Gedicht, „Den Frauen“, vertreten. Im Beilagen finden wir die Fortsetzung der historischen Artikelreihe von Anna Wlas, „Frauengefallen des 19. Jahrhunderts“. Außerdem enthält die Nummer auch die Beilage: „Für unsere Kinder“.

posten ständig stationiert. Auch die Ueberwachung der Eisenbahnen ist berückichtigt worden.

In der Zeit vom 9. bis 27. September hat die Staatsanwaltschaft zu Dffenburg erwirkt: bei den Amtsgerichten Dffenburg und Gengenbach zusammen 159 Strafbefehle mit 349 Tagen Gefängnis und 50 939 Mark Geld- und Einziehungsstrafen; beim Amtsgericht Albern 81 Strafbefehle mit rund 13 000 Mark Geldstrafen, beim Amtsgericht Lahr 68 Strafbefehle mit 24 000 Mark Geld- und Einziehungsstrafen. Außerdem sind während derselben Zeit bei den Amtsgerichten Bühl, Oberkirch, Wolfach und Triberg zusammen 186 Strafbefehle beantragt worden.

**Sozialdemokratischer Antrag auf Einberufung des Landtags.**

gr. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion letzte Dienstag nachmittag ihre Beratungen fort. Vor allem kamen die neuerlichen Wünsche der Eisenbahner und der Beamten zur gründlichen Besprechung, wobei zwecks Regelung der gewünschten Beschäftigungszulage die Fraktion die Einberufung des Landtags für Anfang nächster Woche verlangte. Hierdem wurde beschlossen, dem Landtag einen Antrag auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission für die staatlichen Eisenbahnwerkstätten zu unterbreiten. Zum Schluß kam noch die Frage der Rohstoff- und Lebensmittelversorgung zur eingehenden Erörterung.

Die Wahlen zur Gv. Generalfestung hatten folgendes Ergebnis: Im Wahlkreis 1 (Däzelen, Kanton, Schopfheim, Lörrach, Müllheim und Freiburg): Postille 7, Liberale 8; im Wahlkreis 2 (Emmendingen, Gengenbach, Rastatt, Rheinfelden, Rastatt, Rastatt): Postille 8, Liberale 5; im Wahlkreis 3 (Karlsruhe-Stadt und -Land und Baden): Postille 6, Reichsliberale 3 und Landesliberale Vereinigung 1; im Wahlkreis 4 (Wörben, Stadt und -Land und Durlach): Postille 7 und Liberale 3; im Wahlkreis 5 (Wretten, Eppingen, Heidelberg, Neckarbischofsheim und Sinsheim): Postille 9 und Liberale 4; im Wahlkreis 6 (Mannheim, Ludwigsburg, Weinheim): Postille 6, Liberale 3 und Landesliberale Vereinigung 2; im Wahlkreis 7 (Heidelberg, Neckargemünd, Mosbach, Adelsheim, Wörben und Weßheim): Postille 7, Liberale 5 und Landesliberale Vereinigung 1. Im ganzen verfügen die Postillen über 50 Sitze, die Liberale über 31 und die Landesliberale Vereinigung, die als Mittelpartei angesprochen werden kann, über 4 Sitze. Die absolute Mehrheit beträgt 43. Die Postillen sind also um 7 Sitze stärker, als die absolute Mehrheit beträgt.

**Aus der Partei.**

W. Neureut, 8. Okt. Am Samstag abend 8 Uhr findet im Lokal zum „Heldschlößchen“ ein Diskussionsabend statt, wozu neben den Parteigenossen auch sonstige Anhänger und Freunde unserer Sache wie auch Leser unserer Parteipresse freundlichst eingeladen sind.

Meerfeld Dr. h. c. rer. pol. Die Universität Köln hat den Genossen (ehemaligen Sattlergehilfen) Johann Meerfeld zum Doktor der Staatswissenschaften ehrenhalber ernannt. Die Fakultät begründete diese Ehre mit den Verdiensten Meerfelds für die grundsätzliche Genehmigung des Universitätsplanes für Köln. Ferner weist die Fakultät darauf hin, daß Meerfeld aus eigener Kraft sich zu höherer geistiger Bildung durchgerungen und sich als ein idenreicher Schriftsteller von wissenschaftlicher Objektivität betätigt habe.

**Aus dem Lande.**

Durlach. Parteiverammlung. Nächsten Samstag, 11. Oktober, hält der sozialdemokratische Verein eine Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Müller-Red aus Bietigheim einen Vortrag über wirtschaftspolitische und finanzpolitische Fragen, unter besonderer Berücksichtigung unserer Valuta halten wird. Wir erlauben unsere Mitglieder, für einen guten Besuch der Versammlung besorgt zu sein. Gäste willkommen.

Bruchsal. Der Portugiesenerbst ist dieses Jahr auf drei Tage, 7., 8. und 9. ds. Mts. festgelegt. Die Nebbauern verlangen einen Preis bis zu 5 A pro Liter.

Eine Bauernkundgebung. Nach einem kurzen Bericht des „Bruchsaler Boten“ wurde in einer Versammlung des Bauernvereins folgende Resolution gefaßt:

„Die am 5. Oktober in Bruchsal im Gasthaus „Zum Wolf“ außerordentlich zahlreich versammelten Mitglieder des Bauernvereins legen einstimmig das Gelübde ab, ihren Ablieferungspflichten bis zum letzten Rest willig und getreu nachzukommen, um unser Vaterland aus der Gefahr des Zerfalls und der Anarchie zu retten.“

Stadtratswahl. Bei der am Sonntag vormittag stattgefundenen Erloswahl für den nach Freiburg übersiedelten Stadtrat Herr Frey wurde Hauptkandidat Karl Werberich mit 59 Stimmen gewählt.

Sttlingen. Parteiveteran Genosse Johann Martin ist gestern morgen im Alter von 76 Jahren gestorben. Genosse Martin ist in Unterbaldingen (Amt Donaueschingen) als Sohn eines Wäldhüters, der im Kampf von Fürstbergens Dienste stand, geboren. Er erlernte das Schlosserhandwerk, wanderte als Geselle hinaus in die Welt, nahm am Feldzuge 70/71 teil. Unter dem Sozialisteneinfluß war Gen. Martin Mitglied des „Bereins volkstümlicher Wälder“ in Sttlingen. Er war ein treuer braver Soldat der sozialistischen Armee. Die Alten sprechen gerne von den früheren Zeiten, wo es nicht so einfach war, unter den Schikanen einer verhassten gefügigen Amtmannsherrschaft Sozialdemokrat zu sein. Aber Gen. Martin verweigerte nicht. Schicksalsschläge, die die Partei traf, vermochten nicht, ihn abhalten zu lassen von den Zielen, die der Sozialismus erstrebte. Und hoch in den sechziger Jahren nahm er noch freudig sein Bündel Flugblätter, um sie hinauszufragen in die Altdörfer. Ein leuchtendes Vorbild für die Jungen! Er war ein echter Proletarier. An seiner Seite stand eine besorgte Frau, die Leid und Freud mit ihm teilte. Den schwersten Schlag erteilte das alte Paar, als während des Krieges die Nachricht kam, daß ihr Sohn Julius nicht mehr wiederkehren sollte. Und die braven Alten wurden immer ruhiger und nun schied unser Parteiveteran für immer, nachdem ihm seine Frau hat unser aller Parteiveteran für immer, nachdem ihm seine Frau im Tode vorausgegangen war. Aber in der Geschichte der Sttlinger Arbeiterbewegung ist der Name Johann Martin mit ebenbürtigen Letzten eingetragen. Ihre keinem Andenken! — Die Beerdigung findet am Donnerstag, 9. Oktober, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle aus statt. Wir erlauben unsere Genossen und Genossinnen, sowie die Angehörigen der Arbeiterorganisationen, sich zahlreich zu beteiligen.

Die Ruhr in Durlach hat bis jetzt 10 Opfer gefordert. Meistens waren es Kinder, die der schweren Krankheit erlegen sind. Die Schule ist geschlossen. Auch in Rastatt kamen Ruhrerkrankungen vor.

Todesfall. Infolge einer Vergiftung ist der Inhaber der Stadtpolizei, Fr. W. Tumber, im Alter von 47 Jahren gestorben.

**Rastatt.**

1. Parteiverammlung. Wir verweisen schon heute auf die am kommenden Samstag im „Anker“ stattfindende Parteiverammlung in welcher Gen. Langhans über den Parteitag in Karlsruhe Bericht erstatten wird. Wir bitten die Genossen und Genossinnen, für einen guten Besuch der Versammlung zu agieren.

2. Angestelltenversammlung. Morgen Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, findet im Gasthaus „Notes Haus“, Enachstraße, eine Versammlung der in militärischen Betrieben der Garnison Rastatt beschäftigten Zivilangestellten statt, in welcher Genosse Langhans darüber Bericht erstatten wird, welche Schritte bezüglich des Gehaltssteuers sowie bezüglich der Ueberstundenbezahlung im Durchgangslager unternommen wurden.

**Aus dem Murgtal.**

Gagnenau. Die Angestellten der Firma Benz traten heute mittag geschlossen in den Streik. Da sie von der Direktion, trotz wiederholter Verhandlungen, die geforderte Summe für eine einmalige Betriebsbeiträge nicht bewilligt bekamen. Der Zugang von Angestellten aller Kategorien ist gesperrt.

3. Gewerkschaftsarbeit. Die Kartellbetrieuren des Gewerkschaftsarealls werden zur nächsten Kartellversammlung am Freitag, 10. Okt., abends 7 1/2 Uhr, in den „Bad. Hof“ eingeladen. An Anbetracht der reichhaltigen und wichtigen Tagesordnung wird ein volles und pünktliches Erscheinen der Delegierten erbetet.

**Offenburg.**

Lebensmittelversorgung. Der Stadtrat hat nach eingehender Beratung und nach Anhörung der Lebensmittelkommission sich zur Beschaffung folgender Warenmengen verpflichtet: 16 000 Kg. Fett, 40 000 Kg. Reis, 5000 Dolen Kondensmilch. Der Aufwand hierfür beläuft sich auf rund 700 000 M.

Dem Arbeitersekretariat und Volksbüro der christlichen Gewerkschaften wird für das laufende Jahr ein Beitrag von 6000 Mark bewilligt. Ueber die künftigen Zuwendungen soll anlässlich der Voranschlagsberatung Bescheid gefaßt werden. — Grundständig wird beschlossen, die gleiche Zuwendung auch einem Arbeitersekretariat und Volksbüro der freien Gewerkschaften bezw. des Gewerkschaftsarealls in Aussicht zu stellen.

Interessanter Vortrag. Der bekannte Afrika-reisende Herr Horst Sieber veranlaßt am Samstag den 11. Oktober, abends 8 Uhr, im Dreifönigsaal einen Vortrag: „Meine Reise um die Erde im Dreifönigsaal Margarethe“, mit 130 eigenen, teils mit Lebensgefahr aufgenommenen Lichtbildern.

Landesfeuerwehrtag. Am 11. und 12. Oktober findet hier der Landesfeuerwehrtag statt.

**Konferenz der Kartelle der freien Gewerkschaften Badens in Offenburg.**

Offenburg, 5. Oktober. (Fortsetzung.)

Samstag-Nachmittag-Sitzung.

Es folgte das Referat des Kollegen Erb über die Betriebs- und Wirtschaftskrisis. Redner erwähnt, daß der Entwurf des Gesetzes nicht voll befriedigen könne, aber er sei ein guter Schritt vorwärts. Er warte vor einer gegenwärtigen Sozialisierung und meinte, daß wir nicht sozialistischer können. Kollege Erb schlug eine Resolution vor, in welcher die Forderung ausgesprochen wird, daß in solchen Grundlagen geschaffen werden, die zur Sozialisierung führen.

Koll. Brümmer-Mannheim holte als Korreferent ziemlich weit aus, um seinen Standpunkt zu begründen. Er sprach zunächst von der trostlosen wirtschaftlichen Lage. Auch er sei mit dem Auf nach Arbeit einverstanden, aber dann solle die Arbeiterschaft den Wiederaufbau der Volkswirtschaft selbst in die Hand nehmen. Die Hauptfrage ist gegenwärtig: Wie haben wir die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiterschaft? Und die Antwort lautet: Nur durch das wirtschaftliche Notensystem. — Große Erregung bemächtigte sich eines Teiles der Versammlung, als Koll. Brümmer die Generalassamblierung der Gewerkschaften fertig angriff, und zwar wegen der mit den Unternehmern abgeschlossenen Arbeitsgemeinschaft. Der Verbandstag der Metallarbeiter, der in kurzer Zeit in Stuttgart tagen wird, wird die ausschlaggebende Rolle spielen, ob das Betriebsrätegesetz Tatiade wird. (Zurufe: Gröhnenbahn!) Redner meinte schließlich: Wir können von einer bürgerlichen Mehrheit kein anderes Gesetz verlangen. Ein allgemeiner Arbeitsvertrag ist nötig. Die Sozialisierung lasse sich in der jetzigen Stunde nicht verwirklichen; 10 Jahre können da noch vergehen. Inzwischen müssen wir aber den Grundfelsen legen: erst verstaatlichen, dann sozialisieren.

Die Diskussion über die Betriebsräte wird auf Sonntag vormittag verschoben und die Sitzung gegen 8 Uhr abends geschlossen.

**Sonntagssitzung.**

Die Sitzung wird um 10 1/2 Uhr von Koll. Hof eröffnet. Die von Koll. Erb vorgelegene Entschliessung, das Betriebsrätegesetz betreffend, wird an eine Redaktionskommission verwiesen. Koll. Krull referierte sodann über die gewerkschaftliche Bildung der Arbeit, wobei er in beredten Worten auf die ungeheure Bedeutung dieser Frage hinwies und den schlechten Besuch der Theater und Konzerte bedauerte. Die Einführung von Unterrichtskursen hielt er zur Weiterbildung der Arbeiter für dringend notwendig.

In der Diskussion wies Gen. Eichorn-Karlsruhe sich richtig darauf hin, daß vor 20 Jahren die Arbeiter nach einer 12- und 14stündigen Arbeitszeit noch Interesse an ihrer Weiterbildung und an der gewerkschaftlichen Arbeit gehabt hätten, während gegenwärtig bei einer achtstündigen Arbeitszeit viele Arbeiter nicht einmal mehr das nötige Interesse aufbringen, um wichtige Versammlungen zu besuchen oder an ihrer Weiterbildung zu arbeiten. Es wurde schließlich folgende Entschliessung angenommen:

„Die Konferenz erwartet von den größeren Kartellen, daß sie den Beschluß des Gewerkschaftsarealles entsprechend umzusetzen die gewerkschaftliche Bildungsarbeit aufnehmen. Die Konferenz erkennt aber, daß die Voraussetzungen zu einer intensiven Vertiefung der Bildung der breiten Massen des Volkes noch fehlen, solange nicht eine gründliche Reform des gesamten Schulwesens durchgeführt ist. Die Konferenz fordert deshalb vom Reich und vom Staat die Schaffung der Einheitschule und die Möglichkeit des Aufstieges aller Glieder des Volkes. Die gewerkschaftlichen Organisationen haben die Pflicht, dem allgemeinen moralischen Wiedergang durch künstlerische und populär-wissenschaftliche Veranstaltungen entgegen zu wirken. Die größeren Kartelle haben die Keineren, denen die Lehrkräfte zur Einrichtung von Unterrichtskursen fehlen, durch Vermittlung von Lehrern zu unterstützen oder aber die unentgeltliche Teilnahme auswärtiger Funktionäre an den Unterrichtskursen zu gestatten.“

Koll. Nagel-Mannheim erstattete darauf Bericht über die Tätigkeit der Redaktionskommission, welche die Aufgabe hatte, die bezüglich der Arbeitslosenfürsorge von Koll. Nagel vorgelegene Resolution abzuändern. Die wichtigsten Sätze der abgeänderten Entschliessung lauten:

„Die Konferenz der freien Gewerkschaften Badens stellt eine erheblich große Arbeitslosigkeit als Folge des Krieges fest. Die hierdurch entstehenden Nachteile für die arbeitende Bevölkerung können in radikaler Weise nur dadurch beseitigt werden, daß unter Voraussetzung eines entsprechenden Mitbestimmungsrechtes der Arbeiterschaft die Betriebe selbst organisiert werden und dadurch an Stelle einer planlosen Produktion eine solche stattfinden kann, die den Bedürfnissen des Volkes entspricht. Die Arbeitslosen sollen unter zufriedenstellenden Bedingungen sich bietende Arbeitsgelegenheiten annehmen.“

Ferner wird eine Erweiterung der Arbeitslosenfürsorge gefordert und der Anschluß der unorganisierten Arbeitslosen an die Gewerkschaften angeregt. Staat und Gemeinde sollen in großem Umfange Notstandsarbeiten in eigener Hand in Regie der Arbeiterschaft bereitstellen, wobei die tarifliche Vereinbarung eingehalten werden sollen.

Es folgte das Referat des Koll. Höfer „Staatliche und kommunale Zuwendungen an bestehende und zu errichtende Arbeitersekretariate“. Er führte aus, daß die Regierung sich bereit art habe, Zuschüsse zu gewähren und daß daher erstens die Verträge als Arbeitersekretariate übernommen werden, sowie die Sekretariate in Bedürfnisfällen errichtet werden sollten. Der Diskussion wurde vor einem zu großen Optimismus bezüglich der Regierungszuschüsse gewarnt. Es wird schließlich von Koll. Hof verfaßte Entschliessung mit Zusatzantrag, sodann angenommen:

„Die Konferenz verlangt von der Regierung weitgehendes Entgegenkommen in finanzieller Hinsicht zur Ausbaur der bestehenden und neu zu errichtenden Sekretariate. Dort, wo Gemeinden, Bezirke und Kreise keine Zuschüsse zahlen, soll der Staat trotzdem Zuschüsse geben. Durch die Schaffung von Zuschüssen an die Rechtsanwaltsstellen dürfen die Kommunen, Kreise und der Staat kein Recht für sich in Anspruch nehmen, ein Aufsichts- und Kontrollrecht über die Sekretariate auszuüben. Der Kongress fordert die Gewerkschaftskartelle an nun sofort ihre dementsprechenden Anträge an die Gemeinden, Kreise und Staat zu richten. Sollte die Regierung der vorstehenden Forderung nicht im notwendigen Umfange entsprechen, so hat das Kartellareall sofort eine neue Konferenz einzuuberufen, die die nötigen Schritte beschließt, um der Arbeiterschaft die geforderten Arbeitersekretariate zu sichern.“

Nach einer langen und heftigen Geschäftsordnungsdebatte wird bezüglich des Gesetzentwurfes über die Betriebsräte die von der Redaktionskommission verfaßte Entschliessung angenommen. Die Resolution hat im wesentlichen folgenden Wortlaut: „Die Konferenz erblickt in der in der Reichsregierung geschaffenen Vorlage des Betriebsrätegesetzes nicht die ersehnte Lösung der aus der heutigen Zeit hervorgehenden notwendigen Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die unter ein gemeinsames Gesetz fallen sollen. Insbesondere befriedigt der im Par. 34 festgelegte Aufgabenkreis der Betriebsräte keineswegs. Die Konferenz erwartet, daß sie in dem von der Arbeiterschaft der freien Angestelltenverbände entworfenen Verbesserungsvorschlag in den Regierungsentwurf aufzunehmen werden.“ Weiter wird verlangt, daß in den Betriebsräten die Arbeiterschaft Einfluß auf die Produktion bekommt.

Ein Antrag der Opposition, welcher die Ueberführung der Kapitalistinnen in die sozialistische Wirtschaft verlangt und aus diesem Grunde den Regierungsentwurf des Betriebsrätegesetzes verwirft, wird abgelehnt. (Schluß folgt.)

fürmen in radikaler Weise nur dadurch beseitigt werden, daß unter Voraussetzung eines entsprechenden Mitbestimmungsrechtes der Arbeiterschaft die Betriebe selbst organisiert werden und dadurch an Stelle einer planlosen Produktion eine solche stattfinden kann, die den Bedürfnissen des Volkes entspricht. Die Arbeitslosen sollen unter zufriedenstellenden Bedingungen sich bietende Arbeitsgelegenheiten annehmen.“

Ferner wird eine Erweiterung der Arbeitslosenfürsorge gefordert und der Anschluß der unorganisierten Arbeitslosen an die Gewerkschaften angeregt. Staat und Gemeinde sollen in großem Umfange Notstandsarbeiten in eigener Hand in Regie der Arbeiterschaft bereitstellen, wobei die tarifliche Vereinbarung eingehalten werden sollen.

Es folgte das Referat des Koll. Höfer „Staatliche und kommunale Zuwendungen an bestehende und zu errichtende Arbeitersekretariate“. Er führte aus, daß die Regierung sich bereit art habe, Zuschüsse zu gewähren und daß daher erstens die Verträge als Arbeitersekretariate übernommen werden, sowie die Sekretariate in Bedürfnisfällen errichtet werden sollten. Der Diskussion wurde vor einem zu großen Optimismus bezüglich der Regierungszuschüsse gewarnt. Es wird schließlich von Koll. Hof verfaßte Entschliessung mit Zusatzantrag, sodann angenommen:

„Die Konferenz verlangt von der Regierung weitgehendes Entgegenkommen in finanzieller Hinsicht zur Ausbaur der bestehenden und neu zu errichtenden Sekretariate. Dort, wo Gemeinden, Bezirke und Kreise keine Zuschüsse zahlen, soll der Staat trotzdem Zuschüsse geben. Durch die Schaffung von Zuschüssen an die Rechtsanwaltsstellen dürfen die Kommunen, Kreise und der Staat kein Recht für sich in Anspruch nehmen, ein Aufsichts- und Kontrollrecht über die Sekretariate auszuüben. Der Kongress fordert die Gewerkschaftskartelle an nun sofort ihre dementsprechenden Anträge an die Gemeinden, Kreise und Staat zu richten. Sollte die Regierung der vorstehenden Forderung nicht im notwendigen Umfange entsprechen, so hat das Kartellareall sofort eine neue Konferenz einzuuberufen, die die nötigen Schritte beschließt, um der Arbeiterschaft die geforderten Arbeitersekretariate zu sichern.“

Nach einer langen und heftigen Geschäftsordnungsdebatte wird bezüglich des Gesetzentwurfes über die Betriebsräte die von der Redaktionskommission verfaßte Entschliessung angenommen. Die Resolution hat im wesentlichen folgenden Wortlaut: „Die Konferenz erblickt in der in der Reichsregierung geschaffenen Vorlage des Betriebsrätegesetzes nicht die ersehnte Lösung der aus der heutigen Zeit hervorgehenden notwendigen Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die unter ein gemeinsames Gesetz fallen sollen. Insbesondere befriedigt der im Par. 34 festgelegte Aufgabenkreis der Betriebsräte keineswegs. Die Konferenz erwartet, daß sie in dem von der Arbeiterschaft der freien Angestelltenverbände entworfenen Verbesserungsvorschlag in den Regierungsentwurf aufzunehmen werden.“ Weiter wird verlangt, daß in den Betriebsräten die Arbeiterschaft Einfluß auf die Produktion bekommt.

Ein Antrag der Opposition, welcher die Ueberführung der Kapitalistinnen in die sozialistische Wirtschaft verlangt und aus diesem Grunde den Regierungsentwurf des Betriebsrätegesetzes verwirft, wird abgelehnt. (Schluß folgt.)

Ein Antrag der Opposition, welcher die Ueberführung der Kapitalistinnen in die sozialistische Wirtschaft verlangt und aus diesem Grunde den Regierungsentwurf des Betriebsrätegesetzes verwirft, wird abgelehnt. (Schluß folgt.)

Ein Antrag der Opposition, welcher die Ueberführung der Kapitalistinnen in die sozialistische Wirtschaft verlangt und aus diesem Grunde den Regierungsentwurf des Betriebsrätegesetzes verwirft, wird abgelehnt. (Schluß folgt.)

Ein Antrag der Opposition, welcher die Ueberführung der Kapitalistinnen in die sozialistische Wirtschaft verlangt und aus diesem Grunde den Regierungsentwurf des Betriebsrätegesetzes verwirft, wird abgelehnt. (Schluß folgt.)

Ein Antrag der Opposition, welcher die Ueberführung der Kapitalistinnen in die sozialistische Wirtschaft verlangt und aus diesem Grunde den Regierungsentwurf des Betriebsrätegesetzes verwirft, wird abgelehnt. (Schluß folgt.)

Ein Antrag der Opposition, welcher die Ueberführung der Kapitalistinnen in die sozialistische Wirtschaft verlangt und aus diesem Grunde den Regierungsentwurf des Betriebsrätegesetzes verwirft, wird abgelehnt. (Schluß folgt.)

Ein Antrag der Opposition, welcher die Ueberführung der Kapitalistinnen in die sozialistische Wirtschaft verlangt und aus diesem Grunde den Regierungsentwurf des Betriebsrätegesetzes verwirft, wird abgelehnt. (Schluß folgt.)

Ein Antrag der Opposition, welcher die Ueberführung der Kapitalistinnen in die sozialistische Wirtschaft verlangt und aus diesem Grunde den Regierungsentwurf des Betriebsrätegesetzes verwirft, wird abgelehnt. (Schluß folgt.)

Ein Antrag der Opposition, welcher die Ueberführung der Kapitalistinnen in die sozialistische Wirtschaft verlangt und aus diesem Grunde den Regierungsentwurf des Betriebsrätegesetzes verwirft, wird abgelehnt. (Schluß folgt.)

Ein Antrag der Opposition, welcher die Ueberführung der Kapitalistinnen in die sozialistische Wirtschaft verlangt und aus diesem Grunde den Regierungsentwurf des Betriebsrätegesetzes verwirft, wird abgelehnt. (Schluß folgt.)

Ein Antrag der Opposition, welcher die Ueberführung der Kapitalistinnen in die sozialistische Wirtschaft verlangt und aus diesem Grunde den Regierungsentwurf des Betriebsrätegesetzes verwirft, wird abgelehnt. (Schluß folgt.)

Ein Antrag der Opposition, welcher die Ueberführung der Kapitalistinnen in die sozialistische Wirtschaft verlangt und aus diesem Grunde den Regierungsentwurf des Betriebsrätegesetzes verwirft, wird abgelehnt. (Schluß folgt.)

Ein Antrag der Opposition, welcher die Ueberführung der Kapitalistinnen in die sozialistische Wirtschaft verlangt und aus diesem Grunde den Regierungsentwurf des Betriebsrätegesetzes verwirft, wird abgelehnt. (Schluß folgt.)

Ein Antrag der Opposition, welcher die Ueberführung der Kapitalistinnen in die sozialistische Wirtschaft verlangt und aus diesem Grunde den Regierungsentwurf des Betriebsrätegesetzes verwirft, wird abgelehnt. (Schluß folgt.)

Ein Antrag der Opposition, welcher die Ueberführung der Kapitalistinnen in die sozialistische Wirtschaft verlangt und aus diesem Grunde den Regierungsentwurf des Betriebsrätegesetzes verwirft, wird abgelehnt. (Schluß folgt.)

Ein Antrag der Opposition, welcher die Ueberführung der Kapitalistinnen in die sozialistische Wirtschaft verlangt und aus diesem Grunde den Regierungsentwurf des Betriebsrätegesetzes verwirft, wird abgelehnt. (Schluß folgt.)

Ein Antrag der Opposition, welcher die Ueberführung der Kapitalistinnen in die sozialistische Wirtschaft verlangt und aus diesem Grunde den Regierungsentwurf des Betriebsrätegesetzes verwirft, wird abgelehnt. (Schluß folgt.)

Ein Antrag der Opposition, welcher die Ueberführung der Kapitalistinnen in die sozialistische Wirtschaft verlangt und aus diesem Grunde den Regierungsentwurf des Betriebsrätegesetzes verwirft, wird abgelehnt. (Schluß folgt.)

Ein Antrag der Opposition, welcher die Ueberführung der Kapitalistinnen in die sozialistische Wirtschaft verlangt und aus diesem Grunde den Regierungsentwurf des Betriebsrätegesetzes verwirft, wird abgelehnt. (Schluß folgt.)

Karlsruhe (Baden) nicht ermittelt" und der Bemerkung "Adressat im Rathaus unbekannt".

Es ist ganz richtig, der zum Bürgermeister gewählte Herr Oberbürgermeister Schneider hat sein Amt als solcher noch nicht angetreten, infolgedessen braucht ihn St. Bürokratie offiziell nicht zu kennen.

\* Errichtung eines Flughafens in Karlsruhe. Der Verkehrsverein verfolgt den Gedanken der Errichtung eines Flughafens in dieser Stadt zu dem Zwecke, Karlsruhe in den öffentlichen Luftverkehr einzu beziehen.

Heute abend 8 Uhr im "Elefanten" Generalversammlung des Sozialdem. Vereins. Auf der Tagesordnung stehen zwei wichtige Punkte: 1. Erhebung eines Ertragsbeitrags von 20 Pf. pro Quartal und 2. Vortrag von Gen. Arbeitsminister R. Müller über "Die Elektrizitätswirtschaft in Baden".

Genossen und Genossinnen, erscheint zahlreich!

Arbeiter-Jugend. Um Krümmern vorzubeugen, zur Mitteilung, daß die "Freie Sozialistische Arbeiterjugend", die heute abend im kleinen Reichsaal eine Versammlung veranstaltet, nicht überflüssig ist mit unserer Organisation.

Rechnungsabrechnung der Arbeiterjugend. Die Gesamtabrechnung hatten einen Rechnungsergebnis von 11069 885,85 gegen 7389 720,46 M. im Vorjahre.

Städtische Volkshochschule. Die Gesamtabrechnung hatten einen Rechnungsergebnis von 11069 885,85 gegen 7389 720,46 M. im Vorjahre. Die Gesamtabrechnung der Angehörigen und Arbeiter betrug im Jahresdurchschnitt 1481 gegen 1077 im Vorjahre, z. B. 2000. Der Ueberfluß beträgt 1729 483,95 M. gegen 1517 668,10 M. im Vorjahre.

Städtische Volkshochschule. Die Gesamtabrechnung hatten einen Rechnungsergebnis von 11069 885,85 gegen 7389 720,46 M. im Vorjahre.

Städtische Volkshochschule. Die Gesamtabrechnung hatten einen Rechnungsergebnis von 11069 885,85 gegen 7389 720,46 M. im Vorjahre.

Städtische Volkshochschule. Die Gesamtabrechnung hatten einen Rechnungsergebnis von 11069 885,85 gegen 7389 720,46 M. im Vorjahre.

Städtische Volkshochschule. Die Gesamtabrechnung hatten einen Rechnungsergebnis von 11069 885,85 gegen 7389 720,46 M. im Vorjahre.

Städtische Volkshochschule. Die Gesamtabrechnung hatten einen Rechnungsergebnis von 11069 885,85 gegen 7389 720,46 M. im Vorjahre.

ganzen Stadtteils innerhalb weniger Stunden ihrer Impfpflicht zu genügen hatten, entfiel ein unheimliches Gedränge, Geheul und Schreien unter den Wärtenden und Neuzugewandten, bis ein großer eilends vorzog, das Feld zu räumen und seine Jugend durch den Gausarzt impfen zu lassen.

Techn. Hochschule. Von den Vorlesungen des Wintersemesters, die auch von Nichtstudierenden als Gasthörer besucht werden können, kommen als solche, die weiteren Kreisen Gelegenheit zur Erweiterung und Vertiefung ihrer Allgemeinbildung bieten, hauptsächlich folgende in Betracht: Prof. Dr. Auerbach: Mathematische Anatomie I (Haut, Skelett und Muskulatur) 1 St. Prof. Dr. Böhling: Goethe's Faust 2 St. Napoleon 1 St. Prof. Dr. Brauner: Französisch. Prof. Dr. Drews: Die Entstehung des Christentums 2 St. Eduard von Hartmann, sein Leben und seine Weltanschauung 2 St. Philosophischer Leseabend. Prof. Dr. Hellpach: Deformation der menschlichen Arbeit, insbesondere Darstellung und Kritik des Jagen, Taylor-Systems, 1 St. Das Erziehungsproblem an der höheren Schule 1 St. Privatdozent Dr. Holl: Das deutsche Volkstheater 2 St. Der junge Goethe 1 St. Medizinischer Dozent Dr. Holmann: Soziale Hygiene 2 St. Landgerichtsrat Dr. Kley: Strafrechtliche Fälle des menschlichen Lebens 1 St. Schutz industrieller Rechte und Haftbarkeit des Ingenieurs im Strafrecht 1 St. Oberlandesgerichtsrat Weinhard: Deutsches Grundgesetz und Hypothekrecht 3 St. Prof. Dr. May: Geschichte der Deutscherlehre I (bis Darwin) 2 St. Geh. Rat Dr. von Oechelhauser: Geschichte und Ziele der Denkmalpflege 1 St. Prof. Dr. Paulke: Allgemeine Geologie und Geotektonik 8 St. Prof. Dr. Reppner: Praktische Vorträge 2 St. Prof. Dr. Ritter: Deutsches Verfassungsrecht 2 St. Geh. Hofrat Dr. von Zwiemel: Allgemeine Volkswirtschaftslehre 4 St. Transportwesen 1 St.

Subkulturbewegung. Die am vergangenen Sonntag ausgetragenen Subkulturbewegungen ergaben folgende Ergebnisse: A. F. V. - Kämpfer 2:0, F. C. Mühlburg - Spielvereinigung Baden 5:2, F. V. Weiertheim - Ballspielklub Forstheim 2:1, Karlsruher - Weiertheim 3:2, F. C. Forstheim - Weiertheim 2:1.

Selbstmord. Gestern früh 7.30 Uhr wurde in einem Saale der Wilhelmstraße eine dort wohnhafte, 26jährige Witwe in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Sie hatte sich aus verheirateter Liebe mit Leuchtgas vergiftet.

Kleine Nachrichten.

Freispruch. In dem Prozeß gegen 12 ehemalige Mitglieder der republikanischen Soldatenwehr wurden sämtliche Angeklagten freigesprochen. Denjenigen, die in Haft gewesen sind, wurde vom Gericht der Anspruch auf Entschädigung für ungeschuldigt erlittene Unterbringungshaft zuerkannt.

Bankräuber. Aus Königsberg i. Pr. wird dem "Berl. Lokalanzeiger" gemeldet: In Riga drangen Räuber am helllichten Tage in das Gebäude der Nordischen Bank und beraubten die Bank um etwa eine Million Mark, darunter bestand sich die Spende der amerikanischen Juden zugunsten der notleidenden jüdischen Bevölkerung. Zehn Angestellte wurden im Caféraum, etwa 20 Anwesende im Korridor eingesperrt. Man ist den Räubern auf der Spur.

Verhaftung von Volkshochschulagitatoren. Wegen kommunistischer Agitation im polnischen Heere wurde der 15. Jahrgang der 1. Infanterie in der Nähe von Posen in drei weitere Abteilungen auf 15 Jahren Zuchthaus, sowie drei weitere Angeklagte auf 10 Jahren Zuchthaus.

Rechte Nachrichten.

Stadterordnetenwahlen in Köln. Köln, 7. Okt. Am Sonntag fanden in Köln die Stadterordnetenwahlen statt. Nach dem bisherigen Ergebnis haben erhalten: die sozialdemokratische Partei 66 398, die unabhängigen Sozialdemokraten 11 419, die deutsche Volkspartei 8917, die deutsche Volkspartei 3526, die deutsche demokratische Partei 11 072 und das Zentrum 74 902 Stimmen.

Attentat mit Handgranaten. W. Kottbus, 8. Okt. Auf Grube Nora bei Welschdorf ein vor wenigen Tagen vom Militär entlassener junger Mann anscheinend aus verheirateter Liebe auf ein Mädchen, das mit vielen anderen Personen an einem Eisenbahnwagen beim Kartoffelverteilen stand, einige Handgranaten. Sechs Personen, darunter der Täter, wurden getötet, 15 Jünger und 6 Leichter verletzt.

Streiks. Stettin, 8. Okt. In den vorpommerischen Provinzialstädten sind die Beamten der Eisenbahnen in den Ausstand getreten. Sie verlangen, mit den Staatsbahnbeamten auf gleiche Gehaltsstufen gestellt zu werden. Auf der Strecke Straßburg-Kranzburg a. O. ruht der ganze Verkehr und damit auch die Postbeförderung.

Belgische Uebergriffe. W. Berlin, 7. Okt. Die Vertreter der deutschen Regierung bei der Waffenstillstandskommission in Düsseldorf haben dem belgischen belgischen Waffenstillstandskommission eine Note überreicht, in der es u. a. heißt: In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß deutsche Staatsangehörige auf dem rechten Rheinufer von belgischen Grenzangehörigen verhaftet und in das belgische Gebiet verschleppt worden sind.

Verhaftung Mar Levins. W. Wien, 8. Okt. Gestern wurde hier der von der bayerischen Regierung heftig verfolgt Sozialistenführer Dr. Mar Levin von der Polizei festgenommen. Es war der Polizei seit einiger Zeit bekannt, daß sich Levin in Wien aufhalte. Die Festnahme erfolgte in den Abendstunden in der Rudolfsplatzstraße von zwei Polizeibeamten, die keine Spur von Widerstand leisteten.

Die Räumung Ungarns durch die Rumänen. Wien, 8. Okt. Nach Meldungen aus Budapest hat der Rückzug der rumänischen Truppen aus Ungarn am Sonntag begonnen. Aus Budapest ist ein großer Teil der rumänischen Truppen nach Wien abgezogen worden.

Verantwortlich. Für Vorkämpfer, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Nadel; für Badische Politik, Aus der Partei Kommunisten, Sozialen und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. - Druck und Verlag: Buchdruckerei G. & C., Karlsruhe, Luisenstr. 24.

Vereinsanzeiger. Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Mittwoch abend 8 1/2 Uhr Fußballtraining. Anschließend Spielerversammlung. 66880 Ettlingen. (Arbeitergesangsverein "Eintracht".) Heute Mittwoch, 8. Oktober, abends 8 Uhr, Singstunde. In Anbetracht des Hinscheidens unseres braven Sangesbruders ist vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwünscht. 6983 Der Vorstand.

Volkshochschule der Sozialdem. Partei Karlsruhe, Adlerstraße 16, empfiehlt 1. Lenin, Staat und Revolution, die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution. Mit Porto 2.50 M. 2. Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjet-Macht. Mit Porto 1.75 M. 3. Trotsky, Arbeit, Disziplin und Ordnung. Mit Porto 90 Pf. Alle 3 Broschüren zusammen mit Porto 5 M.

Arbeiter-Gesangverein "Eintracht" Ettlingen, gegr. 1904. Wir sehen hiermit unsere verehrlichen Mitglieder von dem Ableben unseres langjährigen treuen Ehrenmitgliedes Herrn Johann Martin, Schlosser geziemend in Kenntnis. 6982 Die Beerdigung findet Donnerstag, den 9. Oktober um 5 Uhr statt. Zusammenkunft der Sänger um 1/4 Uhr im Lokal Kraut. Um zahlreiche Beteiligung bittet Der Vorstand.

Billiges Gelände für Kleingärten. In der Nähe des neuen Hauptbahnhofes ist billiges Gelände für Kleingärten zu verkaufen. Nur geringe Anzahlung und mäßige jährliche Abzahlung erforderlich. Auskunft erteilt Terrain- und Baugesellschaft Südde, Söfentstraße 56, Telefon 545.

Gesucht möbl. Zimmer für Kaufm., möglichst Nähe Bismarckstraße, per 15. Oktober. Offerten unter Nr. 6961 an das Volksfreundbüro erbeten. Zöpfe von ausgekämmten Haaren werden billig angefertigt Ritterstr. 34, kein Laden. "Nissin" - Mk. 1.80 - gegen Kopfläuse Nichts anderes nehmen! Zu haben in allen Apotheken u. Drogerien. 6970 Rasier-Ringen (Silber), werden haarscharf geschliffen, 2 St. 1.50 Pf. Kaiserstr. 34, Laden. 6972 Wollen Sie heiraten? So erhalten Sie den Eigenheim-Begehrter postfrei zugestellt nach Einzahlung von fünf Mark an Eigenheimverlag Berlin 61, Postfach 50309, auch mittels Postanweisung. Briefe einlegen. Sie finden, was Sie suchen. 6970 Sie rauchen zu viel "Mausstrich". 6970 Tabletten (gel. gesch.) ermöglichen das Rauchgenuss oder teilw. einzustellen. Unschädlich! 1 Schachtel M. 2, 6 Schachteln M. 10 frei Nachn. Versand Haus, Hamburg 252/153. Diwan zu verkaufen. 6970 Kaiserstr. 22, 6970

Hausierer (innen) erhalten lohnende Gebrauchsgüter und Neuheiten die gerne gekauft werden. Wiegand, Karlsruhe, Amalienstraße 39, 2. Stod. Volks-Buchhandlung der Sozialdem. Partei Karlsruhe, Adlerstraße 16 empfiehlt: Die neue badische Verfassung mit Porto 70 Pfennig. Die Gemeinde-, Bezirks- und Kreiswahlen Preis 40 Pfennig, Porto 5 Pfennig. Die neue Gemeindeordnung Preis 3.- Mark, Porto 10 Pfennig. Ausgekämmte Frauenhaare 6754 Oskar Decker, Gaarhblg. Kaiserstr. 32. Druckladen Buchdruckerei Volksfreund

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Karlsruhe  
Büro Wilhelmstraße 47, 3. Stod. — Telefon 3109.

Samstag, den 11. Oktober, abends 8 Uhr,  
im Saale zur Gewerkschafts-Zentrale, Kaiserstr. 13,  
vierteljährliche

Mitglieder-Versammlung

mit folgender Tagesordnung:  
1. Geschäfts- u. Kassenbericht vom 3. Quar-  
tal und Bericht der Revisoren.  
2. Vortrag über das Betriebsrätegesetz.  
3. Anträge und Verschiedenes.  
Wir erwarten, daß die Mitglieder pünktlich und  
pünktlich erscheinen.  
Mitgliedsbücher zur Kontrolle mitzubringen.  
Die Ortsverwaltung.  
6936

Stenographie!

Wir eröffnen am Dienstag, den 14. Oktober  
ds. Jrs., abends 7/8 Uhr, in der Leopoldschule  
Leopoldstraße Nr. 9) wieder einen  
Anfängerkurs

für Damen und Herren. Unterrichtsgebühr  
18 Mk. Anmeldungen werden von Herrn Ver-  
walter Casse beim städt. Arbeitsamt (Fernsprecher  
Nr. 5270) und bei Beginn des Kurses entgegen-  
genommen.

Fortbildungs- und Nachschulungskurse jeweils  
Mittwoch abends von 8 Uhr ab in der Leopold-  
schule.  
6970

Karlsruhe, den 4. Oktober 1919.  
Stenographenverein Gabelsberger.

Unser Kunstabend, Mittwoch,  
den 8. Oktober, kann infolge  
unvorhergesehener Schwierig-  
keiten nicht stattfinden!  
Freie Soz. Jugend Karlsruhe.

Arbeiter! Höret einen Führer!  
Heute Abend 8 Uhr spricht im  
kleinen Festhallsaal  
W. Münzenberg

über:  
„Die politische Lage und  
der Kommunismus“.  
Freie Soz. Jugend Karlsruhe.

Polzwaren

Colliers, Kragen, Muffen.  
Moderne Formen Solide Verarbeitung  
Grosse Auswahl in Alaska-Fuchs  
sowie allen anderen 6785

Polz-Arten.

Zirkel 32, 1 Treppe  
W. Lehmann  
im Hanso der Fahrradhandlung.

Haus, Hof und Garten reinhalten

von Mäusen und Ratten, ist gerade jetzt Selbsterhaltungsg-  
pflicht und geschieht am besten und sichersten von  
„Pestau und Tifan“. Beide Mittel sind hergestellt  
unter Kontrolle der oldenburgischen Landwirtschafts-  
kammer, sind auch für Hamster, Wühlmäuse usw. viel-  
fach erprobt. In ihrem eigenen Interesse müssen  
Sie „Pestau und Tifan“ in Ihrer Drogerie ver-  
langen, oder wo nicht vorräthig direkt von: General-  
vertreter für Baden 4929

G. Fauth, Mannheim, Heinrich-Lanzstr. 5.

Vergrosserungen

in erstklassiger Ausführung, auch nach  
schlechten Vorlagen, liefert Ihnen  
Samson & Co.  
Atelier für moderne Photographie.  
Kaiserpassage 7 Ruf 547.  
Aufnahmen jeder Art in nur bester Ausführung.

Damen-Schneiderin

nimmt noch einige Kunden für Anfertigung  
einfacher und feiner Damen-Garderobe an.  
6954 Morgenstraße 51, parterre.

Geschäfts-Verlegung und Empfehlung.

Meinen werten Abnehmern, sowie einem w. Publikum von  
Karlsruhe und Umgebung die ergebene Mitteilung, dass ich meinen  
Geschäftsbetrieb von der Friedenstrasse nach

Kriegstrasse 17

in das von mir käuflich erworbene, früher Birkenmeiersche Anwesen  
verlegt habe. Indem ich freundlichst bitte, mir das bisher geschenkte  
Wohlwollen auch fernerhin bewahren zu wollen, zeichne ich

Mit vorzögl. Hochachtung

Josef Fritz.

Vertreter der Brauerei Th. Braun, Oberkirch.  
Hackerbräu München.  
Bürgerbräu München.  
Rizzibräu Kulmbach.  
6975

Palast-Theater

Moderne Lichtbildbühne.

Herrenstrasse 11 Telephone 2502

Nur 3 Tage  
das Monumental-Filmwerk

Fidelio

Film-Roman in fünf Akten 6973

Hauptdarstellerin:

Mady Christians.

Thea Steinbrecher

in ihrem dreiaktigen Lustspiel

Mäderl sei g'scheit.

Künstler-Orchester

Leiter: Kapellmeister Freudig.

Daniels Konfektionshaus

Fernsprecher 1846  
Wilhelmstraße 34.  
Jackenkleider, flotte Formen . . . . . Mk. 78.— an  
Herbst- und Winterpaletots in guten Stoffen Mk. 55.— an  
Regenmäntel Mk. 95.— an Kostümrocke Mk. 25.— an  
Sportjacken Mk. 75.— an Sportblusen Mk. 25.— an  
Seiden-, Tüll-, Chiffon-, Voile- und Woll-Blusen  
Seidenmäntel, Seidenkleider  
Kinderkleider und Kindermäntel in allen Größen  
Pelze Plüschgarnituren zu billigsten Preisen.  
Keine Ladenspesen. 6977 Reelle Bedienung.

Für Lederhändler und Schuhmacher!

Leder zum Anfertigen von Schäfte  
wird jedes Quantum angenommen  
und in kürzester Zeit geliefert.  
Jos. Bahlinger  
Schäftemacher  
Markgrafenstrasse 27, parterre.  
6976

Altmetalle,

Flaschen, Lumpen, Pa-  
pier, Bücher, Fässer,  
Möbel, Keller- u. Spei-  
cherkram, laßt fortwäh-  
rend zu hohen Preisen.  
H. Kreis, Augustenstr. 27,  
Hinterhaus 3. St. 6977

Elegante Herren-,  
Damen- und Knaben-  
garderobe

fertigt schnell und billig  
Anarbeiten - Reparaturen.  
Anton Kuhn, 6989  
Rüppurrerstr. 20, S. I/III.

W. MUND, ARCH.

KARLSRUHE - MAXAUSTRASSE 26

Rastatt. Rastatt.

Verkauf von  
Alt- u. Möbel  
Beschädigung ohne Kauf-  
zwang erwünscht.  
Karl Rauch,  
Kaiserstr. 49. Kaiserstr. 49.

Maurer

für Karlsruhe und  
Baustelle Pforzheim  
sowie 6992

Zimmerleute

werden eingestellt.  
Baugesellschaft Jos. Held,  
Eldendstraße 24.



Besser als  
Worte

überzeugt der Vergleich.  
Schlagend beweist er  
die Überlegenheit von  
Schuhputz

Erdal

schwarz, gelb, braun, rotbraun  
Alleinhersteller: Werner & Meiss, Mainz



Wand - Uhren  
Taschen - Uhren  
in grosser Auswahl  
in Friedens-  
Ausführung  
neu eingetroffen  
Oscar Kirschke  
Karlsruhe  
70 Kriegstrasse 70.

Tanzinstitut.

Meinen Schülern zur Kenntnisnahme,  
daß am Dienstag, den 21. Oktober,  
abends 8 Uhr, im Saale des Gasthaus  
„zur Rose“ am Kaiserplatz die erste Stunde  
beginnt. Anmeldungen können noch gemacht  
werden. Kronenstrasse 10, p., Schreibbüro.

Alfred Trautmann

Operntenor und Leiter der Langhuf.  
6977

Wirtschaft zur „Platane“.

Bekannt für gute Speisen, der Zeit  
entsprechend Bier, hell und dunkel aus  
der Brauerei Brin, gute reine Weine,  
bürgerlichen 6982

Mittags- und Abendtisch

Kleines Nebenzimmer zu vergeben.  
Herren zum Essen werden angenommen.  
Es empfiehlt sich Karl Kerner u. Frau.

Karlsruher Familien-Krankenkasse

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit.  
Gegründet 1890. Unter staatl. Aufsicht.  
Geschäftsstelle: Ostendstrasse 6, 3. Stock.  
Fernruf 4159. Filialen: Fernruf 4159.  
Kriegstrasse 169 I.  
Mittelstadt: Markgrafenstr. 26 II.  
Südstadt: Loisenstrasse 91 III.  
Oststadt: Radolfstrasse 26 III. 6983  
Aufnahmeformulare, Satzungen, sowie jede  
Auskunft durch Geschäftsstelle u. Filialen.

Uhren

Reparaturen werden  
prompt und billig ausgeführt.  
Karl Zepfel, Uhrmacher  
Ecke Herder- u. Morgenstraße,  
Anfang von Gold, Silber und Uhren.

„Steinacher Deut“.

Sehen erschienen im Verlag Meuth & Jitta,  
Konstanz. Preis Mk. 3.50 geb. Zu haben in  
allen Buchhandlungen, auch Volksbuchhandlung,  
Kaiserstrasse 14. 6977

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund!

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe

Eheaufgebote. Wilhelm Reiser von Eppingen, Räder hier, mit Frieda Wattenberger von hier. Franz Köster von Grünsfeld, Polizeiwachmeister hier, mit Sofie Benzinger von Stellingen. Julius Ros von hier, Kaufmann hier, mit Emma Häftele von Weiseneuren. Josef Keller von Gillingheim, Metzger hier, mit Margaretha Textor von Ruppertsberg. Fern. Ries von Rillingen, Postauswähler hier, mit Emma Peter von Bobel. Josef Wilhelm von Kronhof, Metzger in Ralsch, mit Anna, Tausendpfund von Gillingheim. Karl Reeb von hier, Postbote hier, mit Frieda Schäufele von hier. Philipp Wabach von Dürzheim, Räder hier, mit Luise Reeb Witwe von hier. Konrad Gräß von hier, Buchhändler hier, mit Mathilde Socin von Leipzig. August Gropp von Rillingen, Metzger hier, mit Babette Raag Witwe von Rillingen. Albert Wolf von hier, Eisenreder hier, mit Frieda Kufmann von hier. Franz Reichle von Gillingheim, Landwirt hier, mit Elisabetha Holzappel von Gillingheim. Emil Eberhard von hier, Fabrikarbeiter hier, mit Rosa Hebe von Rillingen.

Geburten. Lily Juliana Luise, Vater Johannes Benz, Schugmann. Elna, 8. J. Jos. Riedinger, Taal. Maria Anna Sofia, 8. J. Fried. Wils. Selbent, Bierwaidmeister. Ethel Elisabeth, 8. Franz Müller, Seltens-Gehilfe. Margareta, 8. J. Gans. Giffspol, Beamter. Dora Sofie, 8. Karl Langenbach, Bürodiener. Emil Ernst, 8. Ernst Barth, Stallmeister. Elfriede, 8. Helmut Lipp, Schriftf. Wolfgang Werner. A. Friedrich Burg, Kärber. Richard Hermann, 8. Otto Mai, Buchdrucker. Oskar, 8. Albert Maurer, Wagenführer. Egon Max, 8. Max Gopferich, Mechaniker. Karl Friedrich, 8. Dr. Karl Wibel, Professor. Helmut, 8. Heinz Stoll, Former. Verthold, 8. Ludwig Käfer, Bahnarbeiter. Werner Adolf, 8. Alfred Hof, Zugführer. Marionne, 8. Verla, 8. Otto Maria, Lehrender. Wils. Valentin, 8. Wilhelm Gräß, Oberbauinspektor. Wils. Anton, 8. Anton Lauber, Bahnarbeiter. Elfriede Juliana, 8. Adolf Mint, Schiffer. Wils. Hans, 8. Karl Heimberger, Schriftf. Engelbert Hof, Vater. Franz Hammerl, Kanzlei-beamter. Anna Josefine, 8. Josef Knapp, Kaufmann. Kurt Gottlieb, 8. Gottlieb Menz, Metzger-Gehilfe. Helmut, 8. Wilhelm Siegel, Auto-droschkenführer. Karl Gebhard, 8. Karl Klotz, Kassendiener. Hildegard Anna, 8. Wilhelm Doll, Tapezier. Erna, 8. Wils. Ernst, Büro-diener. Hilda, 8. Leo Damm-maler, Hafencarrier. Werner Albert, Vater Konrad Luz, Strakenbahnführer. Hildegard, 8. Otto Metz, Händler. Manfred Karl, Sebastian, 8. Alois Pfisterer, Bie-gewermeister. Helmut Günther, 8. Karl Hermann Hof, Kaufmann. Max Emil, 8. Max Wils, Schuhmann. Walter, 8. Jakob Eberhardt, Tief-bauarbeiter. Kurt Albert, Vater David Schmid, Kaufmann. Elfriede Margot, Vater Karl Eick, Friseur. Todesfälle. Anna Stengel, led. Dienstmädchen, alt 42 J. Hannu Hofmann, ledig, ohne Beruf, alt 74 J. Jakob Wöltsch, Chemann, Wirtu. Weinhändler, alt 55 J. Augustus Moser, alt 71 Jahre, Witwe des Kaufmanns Johannes Moser. Alfred, alt 20 J. Johann Riedle, Expedient. Friedrich Schäfer, Fabrik-arbeiter, alt 17 J. Wils, alt 82 J. 20 J. August Weber, Bahnarbeiter. Jos. Schwarzenberger, Chemann. Handelsmann, alt 76 J. Robert, alt 7 Tage. August Müller, Schneider. Adolf, alt 16 J. August Dürr, Landwirt. Jos. Grob, Chem., Kriminal-erg., alt 45 J. Karl Hader, Chemann. Depotaufseher, alt 52 Jahre. Kath. Wohn-er, alt 77 Jahre, Witwe des Bergmeisters Wilhelm Bodmer.

Glacé-Handschuh-Verkauf

im Lichthof

6918

4 Preislagen: 5<sup>50</sup> 9<sup>75</sup> 12<sup>75</sup> 19<sup>50</sup>

(Soweit Vorrat)

Beachten Sie bitte unser Spezial-Handschuh-Fenster!

GESCHWISTER

KNOPF

Bekanntmachung.

Anmeldung des Antrages auf die Landwehr-Dienstauszeichnung II. Klasse.

Auf Grund des Gesetzes über die Landwehr-Dienstauszeichnungen II. Kl. nieder verfahren werden.

Vorbedingungen: — §. 2. Abs. 6 zu § 36, § 2 Z. 2. —

Die zweite Klasse der Landwehr-Dienstauszeichnung können nach vorwurdsfrei erfüllter gesetzlicher Dienstpflicht in der Reserve und Landwehr ersten Auftrags die Personen des Wehrdienststandes erhalten, die

A. einen Feldzug mitgemacht oder an einer sonstigen kriegerischen Unternehmung teilgenommen haben, die einem Feldzug gleich zu erachten ist;

B. aus dem Wehrdienstverhältnis nach Ableistung einer aktiven Dienstzeit

a) von 1 Jahr zu vier Leistungen von mindestens je 18tägiger Dauer oder im ganzen mindestens 17 Wochen, oder

b) von über 2 Jahren im ganzen mindestens 38 Tage zum aktiven Dienst eingezogen gewesen sind;

C. nach abgeleiteter gesetzlicher aktiver Dienstpflicht noch mindestens 4 Monate aktiv gedient haben.

D. In folgenden Fällen ist jedoch die Verleihung der Landwehr-Dienstauszeichnung ausgeschlossen:

a) bei Verurteilung in die zweite Klasse des Soldatenstandes sowie bei jeder Verurteilung wegen einer Straftat, die mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedroht ist, selbst wenn auf diesen Verlust nicht erkannt sein sollte;

b) bei jeder militärgerichtlichen Verurteilung wegen begangener Verbrechen oder Vergehen während der aktiven Dienstzeit oder im Wehrdienststande (die erst nach Einstellung in den aktiven Wehrdienst eingetretene Verurteilung wegen vor dem Diensttritt begangener strafbarer Handlungen hierbei nicht in Betracht);

c) bei jeder Verurteilung wegen nicht Befolgung eines Befehlsbefehls oder wegen ungebührlicher Verhöhnung einer Kontrollverpflichtung oder bei Verurteilung mit strengem Arrest im Wehrdienststande;

d) bei Verurteilung in eine jüngere Jahresklasse oder bei einer mindestens zweimaligen Verurteilung mit Geld oder Haftstrafe wegen Kontrollverpflichtung;

e) bei einem außerordentlichen Verhalten, das die betreffende Person einer Auszeichnung nicht würdig erscheinen läßt.

Doppelrechnungen von Kriegsjahren finden hierbei nicht statt.

Bestimmungsgemäß sind vom unterzeichneten Kommando die Vorschlagslisten hierzu einzureichen.

Um eine gerechte und schnelle Erledigung der Vorschläge zu gewährleisten, die infolge Aufhebung der Kontrollpflicht und der unvollständigen Unterlagen nicht mehr möglich ist, wollen sich diejenigen Verantwortlichen aus den Amtsbezirken Karlsruhe, Durlach und Eppingen (Stadt und Land), die glauben Anspruch zu haben, in nachstehender Reihenfolge beim

Hauptmeldeamt Karlsruhe Neue Artilleriekaserne (Moltkestraße 8) in der Zeit zwischen 8—12 Uhr vormittags einfinden.

Montag, den 13. 10. 19: die Personen, deren Namen m. Anf.-Buchst. A—E beginnt.

Dienstag, den 14. 10. 19: die Personen, deren Namen m. Anf.-Buchst. F—H beginnt.

Mittwoch, den 15. 10. 19: die Personen, deren Namen m. Anf.-Buchst. I—R beginnt.

Donnerstag, den 16. 10. 19: die Personen, deren Namen m. Anf.-Buchst. S—U beginnt.

Freitag, den 17. 10. 19: die Personen, deren Namen m. Anf.-Buchst. V—Z beginnt.

Samstag, den 18. 10. 19: die Personen, deren Namen m. Anf.-Buchst. T—Z beginnt.

Karlsruhe, den 6. 10. 1919. C. Nr. 556

Bezirkskommando Karlsruhe

Badisches Landestheater.

Mittwoch, den 8. Oktober 1919.

Adam, Eva und die Schlange.

Komödie in drei Akten von Paul Eger. Anfang 7 Uhr. Mk. 4.50 Ende 1/10 Uhr.

Residenz-Lichtspiele Waldstrasse 30

Mittwoch bis einschl. Freitag

Edith Meller

als Hildegard von Zweidorf

in dem Roman von W. Heimbürg

betitelt Eine unbedeutende Frau

fünf Akte.

Ein Tropfen schwarzes Blut

Die Geschichte einer Ehe in vier Akten mit Thea Sandten.

Saatkartoffel-Bestellung.

Die Bestellung von Saatkartoffeln für 1920 ist jetzt schon dringlich, weil nach den neuen jetzigen Bestimmungen die Abschlässe vor dem 30. Nov. 1919 gefällig sein müssen.

Wir fordern deshalb zur alsbaldigen Meldung des Bedarfs auf.

Karlsruhe, Ruppurt, den 22. Sept. 1919. Städt. Landwirtschaftsamt Karlsruhe-Ruppurt.

Pferdefleischverkauf.

Einführung der Marke 9.

Serie C. Gelbe Karten. Verkaufsstelle Durlacherstr. 59.

Donnerstag 9. Nr. 10238-11238 vor. Nr. 11239-12238 nach. Freitag 10. 12239-13238 13239-14238 Samstag 11. 14239-15238 15239-16238 Montag 12. 16239-17300 17301-21000

Kopfmenge 125 Gramm Fleisch oder Wurst. Karlsruhe, den 8. Oktober 1919. 6972

Städt. Fleischamt.

Verkauf von Tafelobst.

Am 7. 8. und 9. Oktober findet am alten Bahnhof bei der Abgabestelle des Großhandels in Obst und Gemüse, eine Abgabe von Obst in Mengen von 50 und 100 Pfund statt, zum Preise von 30 Pfennig das Pfund. Abgabezeit 8—12 und 1—5 Uhr.

Arbeite sind mitzubringen. Badische Obstverwertungs-Gesellschaft Karlsruhe, Kriegsstr. 184 II. 6939

Fundstücken betr.

Im Monat September 1919 wurden folgende Gegenstände auf dem Fundbüro abgeliefert.

1 goldener Ring, 1 silberne Damenarmbanduhr, 1 Uherring, 1 Brosche, 1 Halskette mit Anhänger, 1 Kreuzband, 1 Halskette, 1 goldener Reiter, 1 Kordnadel, 1 silbernes Ketten, 1 silberne Herrenuhr mit Kette, 1 Bund Schlüssel, 1 Hund, 1 Türschlüssel, ein Hund, 1 Herrenregenschirm, 1 Damenregenschirm, ein Täschchen mit Inhalt, 1 Bund Tabak, 1 Wasserbad, 1 Schlüssel, 1 Handtasche mit 2 Flaschen Milch und Kefir, 1 Ritzhut, 1 Handtasche, 1 Taschentuch, Fahrtscheinbrotmarken und etwas Geld, 1 Schlüsselbund, 1 Handtasche mit Inhalt, 1 Notizheft, 1 Paar Handschuhe, 3 Gürtel, 1 Stahlfeder, 1 Handtasche, 1 Arbeitsheft, 1 Buch, 1 Stoffbeutel, 1 Milchkanne, 1 Handtasche mit Geldinhalt, 1 Federbüchse mit Inhalt, 1 Strohhut, 1 Paar Strohhüte, 1 Holentwurf, 1 Kappe mit Gürtel, 1 hölzerne Aedelbüchse, 1 Paar Schuhe mit Holzsohlen, 1 Damenhalbschuh, 1 Fahrrad, Altkarte mit Inhalt für die Gewerbeschule, 1 Schlüsselbund, mehrere Geldbeutel mit und ohne Inhalt, Bargeld, 90 Mk., 10 Mk., 20 Mk., 16 Mk., 50 Mk., 5 Mk., 20 Mk.

Die Gegenstände können von den Eigentümern oder sonstigen Empfangsberechtigten im Zimmer Nr. 21 des Bezirksamtsgebäudes (Eingang Hebelstraße) abgeholt werden.

Falls sich die Empfangsberechtigten nicht rechtzeitig melden, geht das Eigentum an dem Fundgegenstand nach Jahresfrist auf den Fiskus, bezw. die Stadtgemeinde über.

Karlsruhe, den 3. Oktober 1919. C. 3. 262. Bezirksamt, Polizeidirektion. 6984

Pferdeabgabe betr.

Die Badische Landwirtschaftskammer veranstaltet am Freitag, den 10. Oktober ds. J., vormittags 10 Uhr in Karlsruhe (Viehhof) eine Abgabe einer Anzahl

Pferde.

Zugelassen zur Abgabe sind Landwirte und Gewerbetreibende, die eine bezirksamtliche Dringlichkeitsbescheinigung vorlegen. Wiederverkäufer und Händler sind ausgeschlossen. Ställe und Halfter sind mitzubringen.

Falls die Zahlung in Kriegaanleihe erfolgt, ist gemäß Verfügung des Kriegsministeriums der Nachweis durch Vorlegung eines Zeichnungsscheines zu erbringen, aus dem einwandfrei hervorgeht, daß die Kriegaanleihe aus eigener Zeichnung herrührt. 6979

Offenburg.

Gasperre.

Die Stunden, während denen das Gas einströmt, werden kann, werden mit Wirkung vom Mittwoch, den 8. ds. Mts. bis auf Weiteres wie folgt festgesetzt:

1/6 Uhr bis 8 Uhr morgens 1/2 11 " " 1/2 1 " mittags 6 " " 1 " abends.

Direktion der Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. 6985

Lebensmittelversorgung.

Am Mittwoch wird verkauft: Plattenzucker: Kopfmenge 500 Gramm (1 Pf. 55 J) gegen die Griesmarke der Lebensmittelkarte.

Sago: 30 Gramm (1 Pf. 1.40 A) gegen die Lebensmittelkarte K 134.

Gaferloden: 50 Gramm (1 Pf. 76 J) gegen die Lebensmittelkarte K 135.

Suppen (offen): 100 Gramm (1 Pf. 95 J) gegen die Lebensmittelkarte K 136.

Für die Kinder unter 2 Jahren werden Zuzugsgeldscheine auf dem Milchbüro vom Mittwoch bis Freitag (9—12, 2—4 Uhr) gegen Vorzeigen der Kinderanweisungskarte abgegeben. 6986

Die aufgeführten Marken verlieren am Samstag abend, den 11. ds. Mts., ihre Gültigkeit. Offenburg, 7. Oktober 1919. Städt. Lebensmittelamt.

